Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949
1949

220 (11.11.1949)

Visual Library

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Erscheint täglich, außer Donnerstag und Sonntag. — Redaktion, Verlagsabteilung, Vertrieb und Druck: Karlsruhe, Waldstr. 32, Tel. 622/33. (Dringend Presse.) — Anzeigenannahme: Karlsruhe, Kaiserstr. 68, Tel. 6649; Durlach, Pfinztalstr. 48; Ettlingen, Leopoldstr. 5, Tel. 36. — Kein Ersatzanspruch bei Störung durch höhere Gewalt.

Bezugspreis monatlich DM 2.60, einschließlich Trägergebühr, Postzustellung DM 2.39 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene 46 mm breite Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM —.60, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 6. — Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe Nr. 30 397.

3. Jahrgang / Nummer 220 — Karlsruhe, Freitag, 11. November 1949 — Einzelpreis 15 Pfennig

Stürmische Sitzung des Bundestages

Auseinandersetzung über die Haltung der Regierung zu Paris — Dr. Schumacher in Opposition

BONN, 10. 11. (SAZ-Ber.) Der Bundestag trat am Donnerstag in einer spannungsgeladenen Atmosphäre zu seiner 16. Sitzung zusammen, nachdem der Ältestenrat über den SPD-Antrag beraten hatte, der eine Regierungserklärung zu den außenpolitischen Fragen forderte. Die Zusammenkunft zwischen dem Bundeskanzler und Dr. Schumacher konnte die verschiedenen Auffassungen der beiden Politiker im Hinblick auf die Stellung Deutschlands zu Paris nicht angleichen, sondern ließ die Gegensätze sehr deutlich werden. Die von der SPD angestrebte Erklärung der Regierung wurde vom Bundeskanzler abgelehnt, weil dadurch der Gang der Pariser Verhandlungen gestört werden könne. Der SPD-Abg. Ollenhauer bezeichnete eine Regierungserklärung und Diskussion des Parlaments über die wichtigen außenpolitischen Probleme für eine nationale Notwendigkeit. Falls der Bundestag den Antrag ablehne, müßten die Dagegenstimmenden auch die Verantwortung für die Ergebnisse von Paris übernehmen. Für die CDU erklärte Dr. von Brentano, der Regierung müsse in diesem Punkte volles Vertrauen entgegengebracht werden. Der SPD-Antrag wurde abgelehnt.

Zwei Anträge der KPD auf Erweiterung der Tagesordnung durch einen Bericht des Bundeskanzlers über seine Presseinterviews zu außenpolitischen Fragen und über das Verhältnis der Bundesregierung zur Ruhrbehörde löste heftige Lärmszenen aus. Bei der Begründung der kommunistischen Anträge durch den Abg. Renner verließ Dr. Adenauer den Saal. Das Kabinett schloß sich ihm nur zögernd an.

Ein am Vortage gestellter Antrag der SPD, im Wege der Vorfinanzierung dem Hauptamt für Soforthilfe 120 Millionen DM zur Auszahlung der Haushaltshilfe noch vor Weihnachten zur Verfügung zu stellen, wurde angenommen.

Eine scharfe verfassungsrechtliche Kontroverse entspann sich gegen Beendigung der Sitzung zwischen CDU und SPD, als die Sozialdemokraten mit Berufung auf den Artikel 39, Absatz 3, des Grundgesetzes nochmals eine Regierungserklärung über die Schritte der Bundesregierung hinsichtlich der Außenministerkonferenz verlangten. Dieser Artikel sieht vor, daß der Bundespräsident verpflichtet ist, das Parlament früher einzuberufen, wenn ein Drittel der Bundestagsmitglieder dies verlangen. Die Rechtsparteien verließen nach der Erklärung eines CDU-Sprechers, daß dieser Weg nur nach vorherigem Antrag möglich sei, unter dem lauten Protest der SPD den Saal. Die Worte des Bundestagspräsidenten Köhler zur Beendigung der Plenarsitzung gingen im Tumult unter, da Köhler in seiner Aufregung nicht nur eine weitere Wortmeldung übersehen hatte, sondern auch die Sitzung ordnungsgemäß zu schließen vergaß. Professor Carlo Schmid rief den vor dem Kongreßsaal wartenden Journalisten beim Verlassen des Saales zu: „Noch zwei Jahre so weiter und wir sind da, wo wir 1932 gestanden haben."

Auf einer Pressekonferenz nahm der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, in äußerst scharfer Form Stellung zu den Vorgängen der letzten Tage. Nach seiner Ansicht ist in Paris eine entscheidende Atmosphäre geschaffen worden, und dem Ausland hätte gezeigt werden müssen, wie das deutsche Volk in den dort erörterten schwerwiegenden Fragen denke. Bei seiner beschränkten Bewegungsfreiheit habe der Bundeskanzler in der Form von Interviews materiell Stellung zu dem Pariser Problem genommen: Diese Handlungsweise der Bundesregierung sei aber einem Parlament mit Selbstachtung nicht zuzumuten, denn die Regierung habe nicht versucht, vom Bundestag eine Legitimation für ihre Schritte zu erhalten.

Scharfe Kritik übte der Oppositionsführer an den deutschen Vorschlägen für Paris, die nicht auf der Basis von Gegenleistungen gemacht worden seien. „Diese Politik der unlegitimierten Vorwegleistung" sei nicht gerechtfertigt, denn man erkenne immer klarer, daß Frankreich bestenfalls einen Teildemontagestop bewilligen werde. Das Vorgehen Dr. Adenauers ist nach Auffassung des SPD-Führers eine Unterschätzung der deutschen Position im Rahmen der europäischen Möglichkeiten. Die Bundesregierung habe kampflos kapituliert und ein Terrain geräumt, das Deutschland hätte besetzen können.

Auf das Ruhrstatut eingehend, sagte Dr. Schumacher, die SPD würde bei der Anerkennung und Mitarbeit in einer Sicherheitsbehörde äußerste Konzessionen machen, keinesfalls aber auf dem Wege über das Ruhrstatut und die Abtrennung der Saar. Das Ruhrstatut sei nach seiner Meinung nur annehmbar, wenn es in mehreren Punkten revidiert werde.

Vollmachten noch mehr erweitert

Bundesregierung kann über Handels- und Zahlungsabkommen verhandeln

BONN, 10. 11. (dpa). Die Alliierte Hohe Kommission hat die Bundesregierung ermächtigt, selbständig mit anderen Ländern über Handels- und Zahlungsabkommen zu verhandeln. Die Bundesregierung kann nunmehr selbständig Verhandlungen einleiten und Einladungen zu Verhandlungen annehmen. Allerdings bedarf es noch einer Vereinbarung des Zeitpunktes mit der zur Zeit in Auflösung befindlichen JEIA. Die Abkommen können durch die Bundesregierung unterzeichnet werden, wenn die Alliierte Hohe Kommission keinen Einspruch dagegen erhebt. Alliierte Beobachter können zu den Verhandlungen jeweils hinzubeordert werden. Die alliierte Hohe Kommission behält sich die Bearbeitung bestimmter Angelegenheiten vor. Es sind dies Zölle und Einfuhrabgaben, besonders in ihrem Verhältnis zum Handelsverkehr, die Handhabung der mengenmäßigen Einfuhrkontrollen, sowie Fragen des Wechselkurses der Deutschen Mark, soweit dadurch die ausländische Unterstützung Deutschlands berührt wird. Die Hohe Kommission behält sich außerdem das Recht vor, Ausfuhren für bestimmte Gebiete besondere Privilegien zu gewähren, besondere Einfuhren zu unterstützen und sich mit internationalen Abkommen über die Aufteilung von Absatzmärkten zu befassen.

Deutsche Wirtschaftsmissionen

BONN, 10. 11. (UP). Vizekanzler und ERP-Minister Blücher ist von den Alliierten ermächtigt worden, in kürzester Zeit westdeutsche Wirtschaftsmissionen in die 16 Marshallplan-Länder zu entsenden. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist Minister Blücher gleichzeitig unterrichtet worden, daß ein Flugzeug für die Reise des Chefs der deutschen ECA-Mission in Washington ab Freitag bereit stünde.

Acheson kommt nach Deutschland

PARIS, 10. 11. (dpa). Außenminister Acheson beabsichtige, am Freitag nachmittag von Paris nach Frankfurt zu fliegen, wie am Donnerstag aus der französischen Hauptstadt berichtet wird. Er wird voraussichtlich von dem amerikanischen Hohen Kommissar John J. McCloy, dem amerikanischen Botschafter in London, Lewis Douglas, und den Mitgliedern der USA-Delegation, die an der Pariser Konferenz teilnehmen, begleitet werden.

Nationalchina ohne Luftverkehr

HONKONG, 10. 11. (dpa). Nationalchina ist seit Mittwoch ohne zivile Luftverkehrsverbindungen. Die von der nationalchinesischen Regierung noch gehaltenen Gebiete — die Inseln Formosa und Lainan sowie die Provinzen Szetschuan, Sinkang, Kweitschau und Jünnan — sind ihres wichtigsten Verbindungsmittels beraubt und von der Außenwelt abgeschnitten, da die beiden größten zivilen Luftfahrtgesellschaften sich den Kommunisten anschlossen. Nur die von dem amerikanischen General Claire Chennault geleitete Luftverkehrsgesellschaft steht den Nationalchinesen noch zur Verfügung.

Deutsche Geheimpolizei unerwünscht

Das amerikanische Hohe Kommissariat schaltet sich ein

FRANKFURT, Main, 10. 11. (dpa). Das amerikanische Hohe Kommissariat prüft gegenwärtig die Möglichkeit und die Gefahr des Wiederaufbaus einer Geheimpolizei durch die deutsche Bundesregierung. Amerikanische Sicherheitsbeamte teilten am Donnerstag mit, daß die alliierte Sicherheitsabteilung bereits vor einiger Zeit Informationen erhalten habe, nach denen die Bundesregierung eine deutsche Geheimpolizei, vor allem zur Spionageabwehr im Ruhrgebiet plane.

Der Leiter der Sicherheitsabteilung beim amerikanischen Hohen Kommissariat, McGraw, befinde sich, wie es heißt, bereits seit einigen Tagen zum Studium dieser Angelegenheit in der Gegend von Bonn. Die alliierten Sicherheitsbehörden wollten so schnell wie möglich für die Hohen Kommissare und ihre Regierungen einen eingehenden Bericht über das deutsche Vorhaben ausarbeiten. Auf alliierter Seite rechne man damit, daß sich die Hohen Kommissare auf einer ihrer nächsten Zusammenkünfte auf dem Petersberg mit diesen Fragen beschäftigen und dazu offiziell Stellung nehmen werden.

Ein amerikanischer Sprecher in Frankfurt wies darauf hin, daß der Bundesregierung grundsätzlich eigene geheime Polizeiorgane oder ähnliche Formationen verboten seien. Es sei ihr von alliierter Seite gestattet worden, eine Informationsabteilung zur Sicherung gegen umstürzlerische Elemente einzurichten. Diese Informationsabteilung sei jedoch nur als eine den alliierten Sicherheitsorganen indirekt untergeordnete Stelle gedacht und habe keine eigenen hoheitsrechtlichen Vollmachten oder unabhängige Funktionen.

Vor Aufnahme Deutschlands im Europarat

Bundestagsabgeordnete gründen deutsche parlamentarische Gruppe

PARIS, 10. 11. (dpa). Der ständige Ausschuß der beratenden Versammlung des Europarates hat sich einstimmig für die Aufnahme Deutschlands und des Saargebiets also assoziierte Mitglieder in den Europarat entschieden. Dieser Beschluß bedeutet, daß Deutschland und das Saargebiet in der beratenden Versammlung des Europarates, nicht aber im Ministerausschuß vertreten sein werden. Die Entscheidung des ständigen Ausschusses muß jedoch noch vom Ministerausschuß gebilligt werden. Der ständige Ausschuß kam weiter überein, daß Deutschland unabhängig von den Beschlüssen der Europarat-Organisationen von sich aus ein Gesuch um Aufnahme stellen muß. Wie aus Bonn gemeldet, wurde die parlamentarische Gruppe des deutschen Europarates in der europäischen Bewegung am Mittwoch abend von rund 200 Abgeordneten des Bundestages gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen Vertreter der SPD, CDU/CSU, FDP, Bayernpartei und DP teil. Die Abgeordneten Professor Carlo Schmid (SPD), Dr. von Brentano (CDU), Dr. Schäfer (FDP), von Merkatz (DP) und von Rechenburg (FDP) wurden in das vorläufige Präsidium gewählt. An der am 19. und 20. November in Paris stattfindenden Sitzung des Generalrats der Interparlamentarischen Union werden als deutsche Vertreter Professor Carlo Schmid, Dr. von Brentano, von Rechenberg und Verkehrsminister Dr. Seelos teilnehmen.

Revision des Besatzungsstatuts?

Acheson für größere politische Unabhängigkeit der Bundesregierung

PARIS, 10. 11. (dpa). Die Außenminister Acheson, Bevin und Schuman sind am Mittwoch in Paris zu ihrer angekündigten Konferenz im französischen Außenministerium zusammengetreten. An den Besprechungen nahmen eine so große Zahl von Deutschland-Sachverständigen der drei Westmächte teil wie noch nie in einer Konferenz seit Ende des Krieges, darunter die Alliierten Hohen Kommissare in Deutschland und die Leiter der Deutschlandabteilung in den einzelnen Außenministerien.

Außenminister Acheson soll in der Konferenz eine gründliche Revision des Besatzungsstatuts vorgeschlagen haben, berichtet die amerikanische Nachrichtenagentur INS aus zuständiger Quelle. Der deutschen Bundesregierung soll durch die von Acheson vorgeschlagene Revision größere politische Unabhängigkeit und höheres Ansehen verliehen werden. Ein Teilnehmer der streng geheim geführten Pariser Besprechungen erklärte dem Vertreter des INS, Acheson habe seine Kollegen Bevin und Schuman darauf hingewiesen, daß sie den psychologischen Hintergrund des deutschen Problems vor allem im Hinblick auf die sowjetischen Bemühungen berücksichtigen sollten.

Bevin soll zu dem angeblichen Vorschlag Achesons erklärt haben, daß man der Bundesregierung Zugeständnisse machen solle. Diese Zugeständnisse sollten sich aber auf andere Dinge als das Besatzungsstatut erstrecken. Außenminister Schuman soll sich den Auffassungen Achesons geneigt gezeigt haben, vorausgesetzt, daß das deutsche Industriepotential in vernünftigen, den Sicherheitserwägungen entsprechenden Grenzen, gehalten werde.

Nach einer weiteren Information des INS beabsichtigt Außenminister Schuman, in den nächsten Tagen im Elsaß eine bedeutsame Rede zu halten. Schuman werde in dieser Rede auf eine deutsch-französische Annäherung drängen. Die französische Oeffentlichkeit soll in der erwarteten Rede Schumans auf Zugeständnisse des Westens an die Bundesregierung vorbereitet werden.

Die formelle Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland soll nach dem Gewährsmann des INS noch auf Schwierigkeiten stoßen. Außerdem sollen die drei Außenminister in ihren Sitzungen eine Vereinbarung über die Demontagefrage erzielt haben. Einzelheiten dieser Vereinbarung sind noch nicht bekannt.

Sturm auf die Zonengrenze

BAMBERG, 10. 11. (dpa). Bei dem Zonengrenzübergang Neustadt-Sonneberg kamen nach Berichten der bayrischen Grenzpolizei am Mittwoch etwa 15 000 bis 20 000 Grenzgänger aus der Sowjetzone nach Bayern. Die sowjetischen Grenzposten hatten die Zonengrenze für kurze Zeit geöffnet. Obwohl die Posten auf bayrischem Gebiet versuchten, die Grenzgänger aufzuhalten, drangen diese zu beiden Seiten des Schlagbaums in Bayern ein.

Gefecht an der bayerischen Grenze

HOF, 10. 11. (UP). Eine Gruppe von ukrainischen Partisanen, die sich im Gebiet von Weiden über die tschechoslowakische Grenze nach Bayern durchschlug, wurde von der tschechoslowakischen Grenzpolizei in ein Feuergefecht verwickelt. Dabei schoß einer der Ukrainer zwei Grenzbeamte nieder. Auf bayerischem Gebiet wurden die Ukrainer entwaffnet und in ein DP-Lager gebracht.

Somali-Land wird unabhängig

LAKE SUCCESS, 10. 11. (UP). Der politische Sonderausschuß der UN-Vollversammlung beschloß die Errichtung eines unabhängigen Somalilandes. Für diesen Vorschlag ergaben sich 58 Ja-Stimmen. Schweden hatte sich der Stimme enthalten. Ein Vorschlag Liberias auf Entsendung einer Untersuchungskommission, um die Wünsche der Bevölkerung festzustellen, war mit Mehrheit abgelehnt worden.

Welt-Rundschau

CHIKAGO. Die seit 50 Tagen streikenden amerikanischen 380 000 Bergarbeiter wollen ihre Arbeit wieder aufnehmen. — **ASUNCION** (UP). In der Nähe der Hauptstadt von Paraguay stürzte ein Verkehrsflugzeug ab, wobei sechs Personen den Tod fanden. — **PARIS** (UP). Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard hatte am Donnerstag eine Besprechung mit dem französischen Finanzminister Petsche. — **ROM** (UP). Der ehemalige Oberbefehlshaber der italienischen Armee, Marschall Graziani, soll in Kürze erneut vor ein Militärgericht gestellt werden. — **WARSCHAU.** Das deutsche Schlachtschiff „Gneisenau", das im Hafen von Gdingen liegt, soll jetzt gehoben und verschrottet werden.

(Alle hier nicht gezeichneten Nachrichten „dpa")

Der Krieg kostete 570 Milliarden RM

MÜNCHEN, 10. 11. (dpa). Rund 570 Milliarden Reichsmark betrugen die unmittelbaren Kriegskosten, die aus dem Reichshaushalt für den Krieg 1939/1945 gezahlt wurden. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung teilte einem dpa-Vertreter am Donnerstag mit, daß für die Wehrmacht und die Rüstung 510 Milliarden Reichsmark ausgegeben wurden. An Familienunterhalt wurden nach der Aufstellung des Institutes im zweiten Weltkrieg rund 30 Milliarden RM gezahlt. Die Ausgaben für zusätzliche Verschuldung des Reiches betrugen rund 30 Milliarden RM.

Heimkehrer von seiner Frau vergiftet

ENZBERG, 10. 11. (SAZ-Ber.) Unter dem Verdacht, ihren Ehemann vergiftet zu haben, wurde die 33jährige Hilda Heller in Enzberg von der Kriminalpolizei Vaihingen/Enz verhaftet. Unter der Last des Beweismaterials hat die Verhaftete inzwischen auch ein volles Geständnis abgelegt. Der 36 Jahre alte Paul Heller war erst im Oktober aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt und kurze Zeit darauf, wie man annahm, infolge Herzschlags verstorben. Auf Drängen seines Bruders, der die Todesursache bezweifelte, wurde die Leiche untersucht, wobei man Spuren von Gift vorfand. Das Motiv zu dieser Tat ist allerdings noch ungeklärt. Im Verlaufe der polizeilichen Erhebungen wurden, wie die Kriminalpolizei mitteilte, zwei weitere Personen wegen Verdachts der Beihilfe bzw. Mitwisserschaft festgenommen.

Kommiß in Deutschland nicht beliebt

BIELEFELD, 10. 11. (dpa). 60,2 Prozent der Deutschen wollen nicht wieder Soldaten werden. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Bielefelder Instituts für Marktforschung und Marktbeobachtung (EMNID), die Ende Oktober im Bundesgebiet stattfand. 9,6 Prozent der Befragten wollten dagegen wieder in einer Wehrmacht dienen. 18,9 Prozent erklärten sich unter bestimmten Voraussetzungen bereit, wieder Soldaten zu werden. 12,2 Prozent enthielten sich der Stimme. Für Kriegsdienstverweigerung sprachen sich 42,2 Prozent der Befragten aus, 26,7 Prozent waren dagegen und 30,8 Prozent äußerten keine Meinung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG
Süddeutsche Allgemeine

Demontage und Ruhrkontrolle

W. K. Stahl und Kohle sind Macht, sind Brükken, Lokomotiven, Autos, Messer und Rasierklingen, können aber auch Tanks, Bomben und Granaten sein. — Einer der stärksten Rückhalte für die deutsche Außenpolitik der vergangenen Jahrzehnte war deshalb das industrielle Kraftzentrum an Rhein und Ruhr. Es ist daher natürlich, daß auch die Deutschlandpolitik der Alliierten mit all ihren verschiedenen Strömungen und Nuancen von dem Magneten „Ruhr" angezogen und in ihrer Richtung bestimmt wird. Die Streitpunkte dieser Politik, wie sie etwa Entflechtung, Industriekontrolle, Demontagen, Industrieplan, Washingtoner Abkommen, Ruhrstatut und Ruhrbehörde darstellen, zielen mit ihrer Spitze auf das Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet. Auch die deutlich sich abzeichnende Schwenkung der westalliierten Deutschlandpolitik, die sich durch eine ungewöhnliche Fülle von Meldungen und Dementis aus Washington, London, Paris und Bonn ankündigt, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ruhrfrage. So sind nach den vorliegenden Informationen die Bedingungen der britischen Regierung für ein Nachgeben in der Demontagefrage 1. die vorbehaltlose Mitarbeit der Bundesrepublik an der Ruhrbehörde, 2. die Unterstützung des alliierten Sicherheitsamtes und 3. die Verpflichtung Deutschlands, das heutige Industrieniveau nicht zu überschreiten.

Punkt zwei dürfte leicht zu erfüllen sein, da die Bundesregierung bereit sein wird, auch politische Garantien zu geben. Punkt drei würde auf einigen deutschen Widerstand stoßen, insbesondere was die Stahlquote angeht. Punkt eins heißt: Demontagestop nicht ohne deutsche Anerkennung des Ruhrstatutes. — Nun kann es aber auch den Engländern nicht entgangen sein, daß auf deutscher Seite immer öfter die Ueberlegung angestellt wird, ob sich dieses Geschäft überhaupt noch lohnt. In Bonn wie in Düsseldorf spricht man ziemlich klar davon, daß die Demontagen in nicht ferner Zeit ihr Ende finden würden, während das Ruhrstatut für unabsehbare Zeit eine Zwangsjacke für die Ruhrindustrie sei. In der Eisen- und Stahlindustrie wird zwar der etwaige Verlust einiger Werke, vor allem der August-Thyssen-Hütte, als ein harter Schlag angesehen, doch fügt man hinzu, daß man ihn überstehen werde. Nach diesen Abschraubungen aber bestehe Klarheit für die Industrie an der Ruhr. In der kohlechemischen Industrie werden die Karten noch offener gezeigt. Man bringt zum Ausdruck, daß es weniger um die Erhaltung der bestehenden Hydrierwerke als vielmehr um den Bau neuer Betriebe gehe. Dies heißt, daß Teile der Wirtschaft die Demontagen dem Ruhrstatut vorziehen. Nur am Rande sei erwähnt, daß noch für dieses Jahr Verhandlungen zwischen den Westmächten darüber erwartet werden, einige bisher verbotene Industrien wieder für Deutschland zuzulassen.

Die Bundesregierung in ihrer Mehrzahl ist aus politischen Gründen für die Herbeiführung des Demontagestops, „weil", wie die schweizer „Tat" meint, „der Bundeskanzler um jeden Preis einen außenpolitischen Erfolg nötig hat". Es sollte sich jedoch für beide Richtungen noch ein Kompromiß finden lassen und gerade in den Wirtschaftskreisen an der Ruhr eine Rückschau über die Deutschlandpolitik der letzten vier Jahre gehalten werden. Man würde dann feststellen, daß zwingende Entwicklungen durch nichts aufgehalten werden. Hierzu gehört auch die wirtschaftliche Einheit Westeuropas, die bereits am Horizont der internationalen Politik heraufdämmert. Vielleicht sollte man auch den Beitritt Deutschlands zur Ruhrbehörde im Licht der realen Tatsachen und nicht im Zwielicht des privaten Interessenkampfes sehen und daher den ersten Schritt hin zu einer neuen Konzeption tun.

Erregte Südweststaat-Debatte im Landtag:

„Gegen Vergiftung der Atmosphäre"

Die Regierung zum Fall Dr. Werber — Angriffe gegen badische Verwaltung

STUTTGART. (SAZ-Ber.) Im Mittelpunkt der Mittwoch-Landtagssitzung stand die Stellungnahme der Regierung zu dem öffentlichen Eintreten des Oberregierungsrates Dr. Werber von der Kultusverwaltung Karlsruhe für die Trennung des Landes Württemberg-Baden. Die Erregung, die das Haus bei der Behandlung dieses Themas ergriffen hatte, machte sich wiederholt in lauten Beifallskundgebungen für die Sprecher, insbesondere Abg. Alex Möller-Karlsruhe und Abg. Dr. Brandenburg-Pforzheim, bemerkbar.

Ministerpräsident Dr. Rheinhold Maier verlas eine Stellungnahme der Regierung zu den Ausführungen Dr. Werbers in der Heidelberger Wohleb-Kundgebung und erklärte an Hand von protokollarischen Feststellungen, daß der von Dr. Werber wiedergegebene Sachverhalt nicht zutreffend sei. Der Ministerpräsident betonte jedoch ausdrücklich, daß es den Beamten wie allen Bürgern Württemberg-Badens entsprechend der Verfassung nicht verwehrt werden könne, sich im Sinne einer Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg zu betätigen. Eine Betätigung im Sinne der Zerreißung des Landes Württemberg-Baden sei aber dann zu beanstanden, wenn sie mit verfassungswidrigen Mitteln erfolge. Als solche könnten aber die Ausführungen Dr. Werbers nicht angesehen werden. In beamtenrechtlicher Hinsicht werde dagegen zu prüfen sein, ob Dr. Werber berechtigt gewesen sei, Kenntnisse aus einer nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses in einer öffentlichen Versammlung durch irreführende und unzutreffende Wiedergabe zu verwerten.

Der Regierungserklärung folgte eine mehrstündige Debatte über das Südweststaatproblem. Als erster Sprecher rechtfertigte Abg. Kühn (CDU), Karlsruhe, das Verhalten Dr. Werbers und hielt ihm zugute, er habe sich bei seinen Ausführungen von der Hitze der in der Wohleb-Kundgebung herrschenden Atmosphäre hinreißen lassen. Vielleicht habe ihn auch sein Gedächtnis im Stich gelassen. Die der Regierungserklärung vorausgegangene Große Anfrage der SPD über den „Fall Dr. Werber" halte er für äußerst unglücklich, da sie in ihrer Tendenz einen politischen Hintergrund habe, der weit über die Fragestellung hinausgehe. Im übrigen erklärte sich Abg. Kühn mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten einverstanden und dankte ihm dafür, daß er durch seine Stellungnahme dazu beigetragen habe, die Atmosphäre zu entgiften. Jeder Beamte müsse in der Frage des Südweststaates klar sagen können, was er wolle.

Abg. Möller (SPD), Karlsruhe, trat in erregten Worten gegen die in letzter Zeit in Karlsruhe um sich greifende Vergiftung der Atmosphäre zwischen Badenern und Württembergern auf. Er kritisierte die Haltung der nordbadischen Verwaltung nicht nur im Falle Werber und warf ihr vor, daß sie den Rundbrief des Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden bis heute noch nicht weitergeleitet habe. Auch die Haltung, die die BNN einnehme, sei nicht zu verantworten. Es sei bedauerlich, daß diese Zeitung keine Zeile von dem Rundbrief veröffentlicht habe. Er wolle vor aller Oeffentlichkeit sagen, es sei völlig falsch, in Nordbaden immer wieder zu behaupten, die Württemberger träten gegen die nordbadischen Belange auf und lehnten nordbadische Forderungen von vornherein ab.

Abg. Möller über den Karlsruher Stadtrat

Abg. Möller nahm auch zu dem Beschluß des Karlsruher Stadtrates Stellung, Karlsruhe als Hauptstadt des Südweststaates zu empfehlen. Er wisse, daß es manchen gebe, mit dem man darüber sprechen könne, ob besonders bei Einschluß der Pfalz Karlsruhe oder Stuttgart Hauptstadt würde. Aber wenn auch Oberbürgermeister Töpper und Bürgermeister Heurich hier im Hause säßen, so wage er doch zu sagen, daß er Karlsruhe nicht die Beweglichkeit von Bonn zutraue.

Die Ausführungen Dr. Brandenburgs (DVP), Pforzheim, die ein genau so klares Bekenntnis zum Südweststaat darstellten, gipfelten in einem energischen Protest gegen die absichtliche Zurückhaltung des Rundbriefes Dr. Kaufmanns durch die nordbadische Verwaltung. Er habe dem Landesbezirkspräsidenten spontan für seine aufklärenden Ausführungen gedankt und stehe nicht an, zu erklären, daß er auf eigene Kosten einen Nachdruck dieses Briefes herstellen lassen werde, falls ihm das nötig erscheine. Es sei beschämend, was in Nord- und Südbaden in den letzten Monaten an Diskriminierung gegenüber den Württembergern hervorgegangen sei. Dabei handele es sich durchweg um unverantwortliches Geschwätz, mit dem man versuche, die Idee des Südweststaates zu unterhöhlen. Wenn Wohleb zufolge Altbaden wieder erstehen würde, würde dieser wohl ein hohes Amt mit hohen Würden haben; aber ob er vor der Geschichte die Verantwortung tragen könne, daß der Südweststaat bisher noch nicht zustande gekommen sei, müsse man bezweifeln.

Gemeinsamer Haushaltsplan

In der Donnerstag-Sitzung des Landtags wurde ein Antrag des Finanzausschusses über die Aufstellung eines gemeinsamen Haushaltes für beide Landesteile in der Form, daß keine getrennten Einzelpläne mehr geführt werden, mit allen nordbadischen Stimmen, gegen die Stimme des Abg. Adolf Kühn (Karlsruhe) angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Staatsregierung ersucht, sicherzustellen, daß der steuerfreie Betrag für Weihnachtszuwendungen von 100 DM auf 200 DM erhöht wird. Im Rahmen einer Debatte über Erziehungsfragen sprach Abg. Heurich (Karlsruhe) der Unterrichtsverwaltung Karlsruhe für die seit dem Kriege geleistete Arbeit das höchste Lob der CDU aus.

Sühne für vielfachen Judenmord

STUTTGART. (Eig. Ber.) Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Stuttgarter Schwurgericht den 59jährigen Ferdinand Göhler aus Mannheim wegen fünffachen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust. Göhler hatte im Herbst 1941 als „Betreuer" des jüdischen Ghettos Bornhagen im damaligen Warthegau zahlreiche Juden, darunter Gebrechliche und kleine Kinder, in sadistischer Weise erschlagen und erschossen. In seiner Urteilsbegründung wies der Vorsitzende des Schwurgerichts darauf hin, daß seit Inkrafttreten des Grundgesetzes die Todesstrafe, die Göhler in jedem einzelnen Fall verdient habe, abgeschafft worden sei. Im Anklagepunkt der Beihilfe zum Massenmord in mindestens 700 Fällen erklärte sich das Gericht nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 für nicht zuständig, da Verbrechen gegen die Menschlichkeit in das Zuständigkeitsbereich der Militärgerichte fallen. Der Fall Göhler ist der erste Fall im Gebiet der Bundesrepublik, in dem ein deutsches Gericht über Verbrechen zu urteilen hatte, die von einem Deutschen während des Krieges im Ausland an ausländischen Staatsangehörigen begangen worden sind.

Schneestürme über dem Schwarzwald

FREIBURG. (dpa). Ueber die Höhen des südlichen Schwarzwaldes fegten in der Nacht zum Mittwoch starke Schneestürme. Von 900 Meter an aufwärts liegt der Schnee über 30 cm hoch. Der Straßenverkehr ist durch große Verwehungen stark behindert.

Wollen wir wieder Kommiß?

Wir haben in unserer Ausgabe Nr. 217 am 7. November das Ergebnis einer Umfrage der britischen Militärregierung über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu einer neuen deutschen Wehrmacht veröffentlicht. Der Bericht hat verständlicherweise ein lebhaftes Echo unter unseren Lesern hervorgerufen, denn 53 Prozent der befragten Männer sollen angeblich die Wiedererrichtung einer deutschen Wehrmacht gutgeheißen haben. Wir veröffentlichen im folgenden eine von mehreren Leserzuschriften. Sämtliche Zuschriften sprechen sich gegen die Wiedererrichtung einer Wehrmacht aus und bezweifeln die Richtigkeit der Umfrage. — Inzwischen hat ein bekanntes deutsches Institut für Meinungsforschung dieses Thema aufgegriffen und ist dabei zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen (siehe Seite 1). Hier die Leserzuschrift: „Sollte das Ergebnis der britischen Umfrage nicht etwas retouchiert worden sein? War nicht der Wunsch der Vater des Gedankens? Entweder kann das Ergebnis als Vorbereitung einer Remilitarisierung dienen („Ihr wollt es ja selbst!"), oder aber ist damit ein Grund für schärfere Kontrollmaßnahmen gefunden („Schaut sie an, sie haben noch nicht genug!"). Ich glaube kaum, daß über die Hälfte aller deutschen Männer wieder Soldat spielen will und noch weniger, daß 35 Prozent der Frauen ihre Männer herpeben wollen, damit sie für andere — gleichgültig, ob im Westen oder Osten — die Kastanien aus dem Feuer holen. Vor allem gilt dies wohl auch für die junge Generation. Die 37 Prozent des Jahrgangs 1924 z. B., die noch gesund aus dem Krieg heimgekehrt sind und all die anderen Jungen, die um Jahre ihres Lebens betrogen wurden, haben meiner Ansicht nach jeden Kasernenhofton mit allem Drum und Dran gänzlich satt. Und die Alten, die zweimal „das Vergnügen hatten", werden wohl auch genug haben." — Wir wären unseren Lesern für weitere Zuschriften über dieses Thema dankbar und werden gegebenenfalls das Ergebnis veröffentlichen.

Steuererleichterungen zu erwarten

BONN (dpa). Die steuerliche Begünstigung der Ausgaben der Flüchtlinge, Vertriebenen, Verfolgten usw. für Neuanschaffung von Hausrat und Bekleidung, soll in der für Anfang nächsten Jahres zu erwartenden Steuerreform neu geregelt werden. Man will, wie es heißt, durch die Aenderung die Arbeit der Finanzämter vereinfachen. Die begünstigten Ausgaben sollen aus der Liste der Sonderausgaben herausgenommen und künftig als feste Freibeträge ohne Nachweispflicht angesetzt werden. Diese Sätze sollen im Quartal für die Steuerklasse I 480 DM, für die Steuerklasse II 600 DM und Steuerklasse III 720 DM betragen. — Ueber die Neufassung der Steuertarife wird gegenwärtig noch in Bad Homburg verhandelt. Für kleinste Einkommen sei vorgesehen, die Steuersätze um mindestens ein Sechstel zu vermindern.

Deutschland-Rundschau

Ludwigsburg. Das vierte Berufungsverfahren gegen Dr. Hjalmar Schacht soll am 29. November in Ludwigsburg stattfinden. — **Hannover.** Der Verband Hannoverscher Kraftdroschkenbesitzer läßt jetzt seine Mitglieder in Jiu-Jitsu ausbilden, um Ueberfälle auf Taxifahrer zu verhindern. Außerdem will der Verband bei der Besatzungsmacht die Erlaubnis zum Tragen von Verteidigungswaffen für Droschkenfahrer beantragen. — **Aachen.** Die Aachener Zollfahndung beschlagnahmte Pelze im Werte von rund 50 000 DM, die von Belgien nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollten. Sie kam damit einem großen Pelzschmuggel auf die Spur. — **Berlin** (UP). Karl-Heinz Scholz, der im August die „Freie Kommunistische Partei" zu gründen beabsichtigte und von einem französischen Militärgericht wegen Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung ohne vorherige Genehmigung zu einer kurzen Haftstrafe verurteilt wurde, will um die Lizenz zur Gründung einer „Unabhängigen Arbeiterpartei" nachsuchen.

(Alle hier nicht gezeichneten Nachrichten „dpa")

Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter. Chef vom Dienst: Josef Werner. Verlag: Süddeutsche Allgemeine Zeitungsverlag GmbH. Für unverlangte Manuskripte keine Gewähr.

IM IRRGARTEN DER LIEBE

ROMAN VON BERT GORDON

23. Fortsetzung — Nachdruck verboten

Rudolf beherrschte sich und blieb ruhig. Er ließ Dupuis verschnaufen.

„Wo sind meine Papiere?" fuhr ihn dieser plötzlich an.

„Hier, in der Schublade." Rudolf zeigte auf den Schreibtisch. „Aber bevor wir verhandeln, möchte ich Sie bitten, einen weiteren Vorschlag von mir zu hören."

„Ausgeschlossen, ich verhandle nicht mit Ihnen," schrie Dupuis, „wenn Sie nicht auf mich geschossen haben, was möglich ist, weil Sie schon hier standen, als ich eintrat, dann hat es ein anderer in Ihrem Auftrag getan. Sie wollen mich aus dem Wege räumen, dann wären Sie freilich fein heraus."

„Sie sind im Irrtum, das will ich bestimmt nicht."

„Schweigen Sie. Wo ist der Baron? Lassen Sie ihn rufen und bitten Sie mich vor ihm um Verzeihung für Ihre Schändlichkeit. Los! Vorwärts!"

Rudolf merkte, daß Dupuis getrunken hatte. Wie sollte er dem gereizten Menschen beikommen? Ruhig sagte er:

„Setzen Sie sich doch vorerst."

Dupuis ließ sich schwer in einen Sessel fallen.

„Ich habe Sie mit Absicht niemals schädigen wollen, glauben Sie mir", begann Rudolf, „das Ganze war eine Torheit, die ich beging, und jetzt will ich alles zu Ihrem Vorteil wieder gutmachen. Mein Vorschlag ist: Vielleicht interessiert Sie ein sehr hoher Geldbetrag mehr als die mich beschämende Erfüllung Ihrer Bedingungen? Ersparen Sie mir die Demütigung hier im Hause und stellen Sie dafür Ihre Forderung."

„Genug! Holen Sie sofort den Baron! Ich bestehe darauf, daß Sie ihm in meiner Gegenwart den Diebstahl bekennen und Abbitte tun."

„Aber ich habe doch gar nicht die Absicht, wie ich Ihnen bereits sagte, Sie zu bestehlen! Ich wollte Ihnen, den ich für tot halten mußte, einen letzten Dienst erweisen und Ihren Brief sicher an seine Adresse abliefern."

„Woher wußten Sie denn, daß mich hier eine Sekretärstelle erwartete?" fragte Dupuis höhnisch.

Rudolf schwieg.

„Sie sind ein Schwindler! Eigentlich sollte ich gegen Sie eine Strafanzeige erstatten, aber ich pfeife darauf. Zum letzten Mal: Holen Sie sofort den Baron herbei!"

„Der Herr Baron ist krank und liegt zu Bett."

„Das ist nicht wahr, holen Sie ihn, oder ich schlage Lärm! Das ganze Haus soll wissen, daß Sie mich bestohlen und mir meine Stelle hier geraubt haben. Der Herr Baron soll erfahren, daß Sie ein Leichenfledderer sind."

Bisher hatte sich Rudolf beherrscht, nun aber kochte es in ihm vor Empörung. Er sah, daß es kein Entrinnen gab, Dupuis wollte ihn unbedingt beleidigen und vernichten. Er fühlte sich gehetzt und in die Enge getrieben. Gab es denn keine Möglichkeit, den Wütenden zur Vernunft zu bringen? Angst, Zorn und Entsetzen erfüllten ihn, weil er keinen Ausweg sah. Und so, zum Aeußersten getrieben, kam ihm plötzlich ein Gedanke. Er mußte va banque spielen und, wie ein Verlorener, einen letzten, verzweifelten Versuch machen, um sich zu retten.

„Hören Sie, Herr Stepan Varos, ich will Ihnen etwas sagen, begann er, indem er sich zur Ruhe zwang.

Diese Anrede verblüffte Dupuis, und er sah Rudolf verständnislos an, als ob er nicht recht gehört hätte.

„Ich habe Sie bis jetzt reden lassen, Herr Varos, weil ich Rücksicht auf Ihren Zustand nahm, aber nun ist es genug. Sie wissen selbst genau, daß Sie nicht Dupuis sind, sondern Stepan Varos."

Rudolf fuhr fort: „Seien Sie also vernünftig. Sie behaupten, Gérard Dupuis zu sein. In Ihrem Hotel und auf der Polizei haben Sie sich richtig mit Ihrem Paß als Stepan Varos angemeldet, und der sind Sie auch. Wie können Sie sich in den Kopf setzen, Gérard Dupuis zu heißen? Haben Sie dafür irgendeinen Beweis? Kennt Sie jemand als Dupuis? Ganz bestimmt nicht! Lauten Ihre Papiere auf diesen Namen? Nein. Oder haben Sie etwa noch einen zweiten Paß, der auf Dupuis ausgestellt ist?"

Ein unartikulierter Laut brach aus dem offenen Munde des noch immer regungslos dastehenden Dupuis, der nicht wußte, was er erwidern sollte.

„Glauben Sie mir," fuhr Rudolf fort, „das Ganze ist eine fixe Idee von Ihnen. Sie haben ja selbst zugegeben, daß Sie aus der Irrenzelle des Klausenburger Spitals entsprungen sind. Also machen Sie kein Aufsehen, gehen Sie ruhig in Ihr Hotel zurück, sonst müßte ich um einen Arzt und um die Polizei telephonieren. Dann erwartet Sie aber von neuem die geschlossene Anstalt."

Noch während Rudolf die letzten Worte sprach, war Dupuis langsam und entsetzt bis an die Tür zurückgewichen. Jeder Satz war furchtbare Wahrheit, die ihn mit Schreck erfüllte. Er hatte tatsächlich keinen einzigen Zeugen, und sein Paß war gefälscht. Jede Rückfrage in Elisabethville war gefährlich für ihn. Auch seine Flucht aus der Haft im Spital käme heraus, der Mensch konnte ihn wirklich in ein Irrenhaus bringen lassen. Mit flackernden Augen stand er in der Türe und atmete schwer, Rudolf beobachtend.

Rudolf sah, er hatte ihn überlistet und in der Hand. Vielleicht nahm er doch Vernunft an und stimmte einer friedlichen Beilegung der Sache zu. Er besaß keine Beweise für seine Identität, er mußte sich ergeben oder gewärtigen, wieder in Gewahrsam gebracht zu werden.

Aber Rudolf täuschte sich. Wie ein Stier senkte Dupuis seinen Schädel und blickte von unten herauf nach ihm. Dann stürzte er sich mit einem haßerfüllten Schrei auf ihn.

Gewand, jedoch nicht so kräftig wie Dupuis, verstand Rudolf nichts vom Boxen, während sein Gegner darin geübt war. Aber die leichte Trunkenheit des Rasenden kam ihm zugute. Dem ersten Anprall wich er geschickt aus, und Dupuis stieß plump gegen den Schreibtisch, wo er sich jedoch sofort gegen Rudolf drehte und ihm einen heftigen Schlag auf den Kopf versetzte. Rudolf schlug zwar sofort zurück, verfehlte aber seinen Gegner, der sich duckte und triumphierend lachte. Seinen Vorteil erkennend, wollte er seine Linke auf Rudolfs Kinn landen, allein er war nicht rasch genug und traf nicht. Jetzt schmetterte Rudolf mit aller Wucht seine Rechte in das Gesicht von Dupuis und traf ihn auf die Nase. Der Schlag war von solcher Kraft, daß Dupuis meinte, seine Nase sei völlig zerschlagen. Blut strömte hervor, es quoll ihm in Mund und Kehle, tropfte auf den Boden, und er spürte einen salzigen Geschmack.

Fortsetzung folgt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Antwort an Stadtrat Flößer

Wir hatten unseren Lesern zugesagt, daß wir auf eine kleine Stadtratsdebatte, die sich am Dienstag um unsere vorausgegangene Lokalspitze „Affentheater im Stadtrat?" entspann, noch zurückkommen würden. Das soll hier geschehen. Herr Flößer, den wir ja nun persönlich ansprechen dürfen, nachdem er sich, wie er erklärte, erstmals in seinem Leben vor dem Forum des Stadtrats verteidigen mußte, befand sich in einer ungleich günstigeren Situation als der von ihm apostrophierte Journalist und Verfasser des eben genannten Artikelchens. Er konnte nämlich sprechen, während dieser nur zuhören durfte. (Aber es gibt eine ausgleichende Gerechtigkeit: Nun muß Herr Flößer lesen, und der Journalist darf schreiben.)

Es hat im Stadtratskollegium wohl niemanden gegeben, der nach der Erklärung von Herrn Flößer den Eindruck gehabt hätte, als sei unsere Darstellung des Vorfalls in der samstäglichen Gewerkschaftssitzung unrichtig gewesen. Zwar behauptete er, er habe die Bezeichnung „Affentheater" nur quasi in Gänsefüßchen gebraucht, mit anderen Worten als Wiederholung eines Zurufs aus der Versammlung. Aber wie dem auch sei (zwei Pressekollegen bestreiten übrigens einen solchen Zuruf): Schon die Wiederholung des Zurufs steht einem Stadtrat, dessen Partei dieses „Affentheater" geschlossen mitgemacht hat, noch dazu einem Stadtrat von solcher Würde, nicht recht an. Daß er sich aber auch mit dem Inhalt dessen, was er sagte, voll identifizierte, bewies seine vorausgegangene leidenschaftliche Erklärung für den Südweststaat.

Angesichts eines so klaren Sachverhaltes hätte es des ablenkenden Manövers, dessen sich Herr Flößer im Stadtratskollegium bediente, nicht bedurft. Denn wenn er darauf verwies, daß der Journalist, der ihn ob seines „Affentheaters" bloßstellte, in der betreffenden Versammlung gar nicht anwesend war, so müssen wir ihm leider sagen, daß eine Zeitung viele Ohren hat. Und seien es auch nur die des Kollegen, der den Verlauf jener Gewerkschafts-Versammlung sehr aufmerksam verfolgt hat. Was tut's, wenn dieser Kollege nur den Bericht, und ein anderer den Kommentar schreibt? Herr Flößer verkauft ja auch nicht selbst die Kartoffeln, um deren Verbilligung er sich seit Wochen in so anerkennenswerter Weise bemüht.

Indessen gestehen wir gerne, daß wir in Herrn Flößer am Dienstag einen Dialektiker von beachtenswertem Format kennengelernt haben. Wie er es verstand, den seitens eines Stadtratskollegen gegen sich gerichteten Spieß umzudrehen, das bewies Routine. Ihre Entschuldigung selbst aber, entschuldigen Sie bitte, Herr Flößer, sie war — beinahe — ein Affentheater. jw.

Von Hamburg über Karlsruhe nach Marseille

Die kleinste Passagier-Segelyacht der Welt auf großer Fahrt

Draußen im Rheinhafen liegt zur Zeit ein verspäteter Zugvogel, der fast den Anschluß nach dem sonnigen Süden verpaßt hätte. In unserem Falle heißt der Zugvogel „Dela" und ist eine Segeljacht. Besagter Anschluß ist die Resultierende aus drei Faktoren, die da heißen: 75 Quadratmeter Segel, ein 18 PS-Hilfsmotor und die Möglichkeit, sich rheinaufwärts

Im Karlsruher Rheinhafen erhält die „Dela" für die bevorstehende Auslandsfahrt einen neuen Anstrich. Foto: Dürr-Firmenich

an einen großen Kollegen hängen zu können. „Bemannt" ist das Boot mit dem Architekten Kurt Freygang, seiner Frau und ihren zwei Töchtern, die 3 und 5 Jahre alt sind.

Aus den begeisterten Worten und den lachenden Augen der beiden Mädchen zu schließen, macht ihnen das Zugvogelleben riesigen Spaß. Diesem Spaß muß Vati allerdings mitunter Stricke anlegen, wenn seine Töchter auf Deck sind. Dann werden sie nämlich einfach an die Masten angebunden. Daneben ist auf der 11 Meter langen und 3 Meter breiten Ketsch, wie das Boot in der Fachsprache heißt, noch genügend Platz für Mitreisende, die wie die Yachtbesitzer den festen Boden mit den schwankenden Planken vertauschen und unsere heißumstrittene Erde mit ihren mehr oder weniger verborgenen Schönheiten einmal vom Wasser aus betrachten möchten.

Diese Gelegenheit hat schon mancher Passagier wahrgenommen, als die Yacht nacheinander Holland, Dänemark und Schweden aufsuchte. Nun ist sie auf einer weiteren Großfahrt, die am vergangenen Montag in Hamburg begann und über Cuxhaven und Bremerhaven durch den Küsten- und Dortmund—Ems-Kanal führte, bis das Boot bei Duisburg Bekanntschaft mit dem Rhein machte. In Karlsruhe erhielt es einen neuen Anstrich, um im Ausland ein repräsentatives Gesicht zu haben. Nach Ueberwindung des Rhein—Rhone-Kanals geht es die Rhone abwärts nach Marseille, von dort an die Riviera, hinüber zu den Balearen, und dann ist es nicht mehr weit nach Barcelona. Als Reiseziel locken die Kanarischen Inseln. Aber die Fahrt dorthin wie auch der beabsichtigte Rückweg über den Atlantischen Ozean werden wohl vom Wetter abhängen, dessen Herr mit unseren Zugvögel hoffentlich Einsehen hat. Ho

Aufruf des Kampfbundes gegen Unmenschlichkeit

Da seit der Gründung der Ostzonenrepublik mehr als je zuvor Bewohner Mitteldeutschlands versuchen, dem Terrorsystem durch Flucht nach dem Westen zu entgehen, hat der Kampfbund gegen Unmenschlichkeit seine Arbeit in verstärktem Maße aufgenommen. Neben der Aufdeckung aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat es sich der Kampfbund auch zur Aufgabe gemacht, politische Flüchtlinge aus der Ostzone und andere Opfer der Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beraten und zu unterstützen. Deshalb richtet der Arbeitsbereich Karlsruhe des Kampfbundes gegen Unmenschlichkeit den dringenden Appell an die Bevölkerung, die Not derjenigen Menschen lindern zu helfen, die Hab und Gut im Stich lassen mußten, um ihr Leben zu retten. Diese Hilfsaktion erstreckt sich nur auf anerkannte politische Flüchtlinge aus den sowjetischen Besatzungsgebieten. Sachspenden aller Art werden auf Wunsch abgeholt. Sonderkonto des Kampfbundes gegen Unmenschlichkeit bei der Badischen Bank, Karlsruhe, Nr. 24 491. Annahme von Suchanträgen und Spenden jeweils dienstags und freitags von 14 bis 18 Uhr, Weinbrennerstraße 23, 4. Stock. Kampfbund gegen Unmenschlichkeit, Arbeitsbereich Karlsruhe, Baumeisterstraße 8.

Autodiebstähle lohnen sich nicht

Empfindliche Zuchthaus- und Gefängnisstrafen für zwei Automarder

Vor einigen Monaten nahm die Karlsruher Polizei eine neunköpfige Automarderbande fest, die im letzten Jahr 38 Autos gestohlen und weiterverkauft hatte. 35 Wagen konnten inzwischen wieder herbeigeschafft und den Eigentümern zurückgegeben werden. Haupttäter war der 39jährige Bauingenieur Hans H. aus Oberhausen, der allein 25 Wagendiebstähle in Rosenheim, München, Neustadt a. d. Hardt, Oberhausen, Baden-Baden und Karlsruhe auf sein Konto buchen kann. Für den Weiterverkauf hatte er zur Anfertigung gefälschter Papiere französische und amerikanische Dienststempel organisiert. Ein amerikanisches Gericht verurteilte H. inzwischen zu sechs Jahren Gefängnis. Als weiterer Mittäter wird sich demnächst ein gewisser W. zu verantworten haben, dem 10 Autodiebstähle zur Last fallen.

Die II. Strafkammer verhandelte gegen den 35jährigen verheirateten Diplomkaufmann Helmut St. aus Oberhausen, der wegen Münzverbrechens und Betrugs zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Im August 1948 hatten St. und sein Komplice H. in Baden-Baden zwei Opelwagen gestohlen. Von dem Verkaufserlös will St. nur 1000 DM erhalten haben. H. dagegen, der in Oberhausen verhaftet wurde, wo er gestohlene Wagen absetzen wollte, bezeichnete St. als den Anstifter zu den Diebstählen. Die Verhandlung ergab, daß St. durchaus keine passive Rolle gespielt hatte. Er ist nicht aus wirtschaftlicher Not, sondern aus Charakterschwäche auf die schiefe Bahn geraten.

Unter Einrechnung der Zuchthausstrafe wegen Münzverbrechens und einer weiteren Strafe von 6 Monaten und 250 DM wegen genossenschaftlicher Untreue wurde St. zu einer Gesamtzuchthausstrafe von drei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Dazu kommen drei Jahre Ehrverlust und 250 DM Geldstrafe. Der Angeklagte nahm die Strafen sofort an. ht

„Du hast mich wachgeküßt" / Mode mit und ohne Kapriolen

Was die Damen im Herbst und im Winter tragen? Das Haus für feine Damenmoden, Höpfner, zeigte es in einer Mode-Schau im Museum, die unter dem Namen „Kapriolen der Mode" einige Nachmittage und Abende lang sämtliche Karlsruherinnen in Atem hielt. Kapriolen: Zu ihnen zählte etwa das Abendkleid aus dem Jahr 2000 (es hieß „Atomia" und war von Irmgard Plum, M.-Gladbach, handgestrickt worden), die charmante Wasserträgerin und das auf spanisch montierte (aber auch so sehr sparte) Mannequin. Kapriolen sind etwas Außergewöhnliches. Was unsere Damen im Grunde genommen aber sehen wollen, ist doch immer wieder das — halbwegs wenigstens — auf dem Boden der Realität wachsende Qualitätskleid, der fesche Straßenmantel, die gefällige Ledertasche und der kapriziöse Hut, der modische Schuh und die elegante, brillantenbesetzte Brille.

Die Modeschau im Museum (Rudi Haniger sagte sie — wie immer — gefällig an) ließ jedermann auf seine Kosten kommen. Es gab viel Schönes zu sehen, manches Schöne zu hören. Neben den Kleidern waren ihre Namen das Beste an der Sache. „Hoppe, hoppe Reiter", hieß ein handgestricktes Reitkostüm, „Du hast mich wachgeküßt" ein verführerisches Morgenkleid, „Auf in den Kampf, Torero", die oben bereits genannte spanische Robe. Man sah einen Mantel im C. Dior-Schnitt, Modelle aus Wien und Paris. Mit Flügeln, Stehkragen und all jenen Requisiten, die der Mode und ihren Trägerinnen zur Ehre gereichen können. Die Zuschauerinnen dieser Modeschau waren begeistert und zeichneten mit, was ihnen besonders gut gefiel. Nicht zuletzt notierten sie die Namen der beteiligten Firmen: des Modehauses Höpfner, des Schuhhauses Ries, des Huthauses Mary Schapke, des Lederwarenhauses Blos, der Firma für Herrenmoden Hettlage, des Frisiersalons Heberdinger, des Schmuckgeschäftes Juwelia und des Fachgeschäftes für Optik Baßmann. iwe.

Karlsruher Marktbericht

Kleinverkaufspreise in Pfennigen je 500 g: Speisekartoffeln 9 (5 kg 85), Rosenkohl 65—75, Rotkraut 12,13, Weißkraut 10—12, Wirsing 10—25, Spinat 15—25, Karotten Bund 20—25, Gelberüben 15—18, rote Rüben 15, weiße Rüben 10, Kohlrabi Stück 8—15, Schwarzwurzeln inl. 60, ausl. 75, Lauch 30—35, Stück 8—12, Kopfsalat Stück 15—35, Endiviensalat Stück 10—30, Feldsalat 80—120, Sellerie 35, Stück 6—35, Meerrettich 140—160, Rettiche Stück 5—10, Bund 15, Radieschen Bund 10, Zwiebeln 18—20, Sauerkraut 25, Tafeläpfel 25—40, Kochäpfel 20, Tafelbirnen 25—40, Kochbirnen 20, Quitten 35—40, Trauben 65—75, Zitronen 75—80, Stück 15—20.

Rekordbesuch in den Schwimmbädern

Im Oktober besuchten 24 727 Personen das Schwimmbad des Vierordtbades. Diese hohe Ziffer wurde in den vergangenen Jahren nie erreicht, denn im Oktober 1948 zählte man 18 888 und im gleichen Monat des Jahres 1938 21 854 Besucher. Die Zahl der Wannenbäder ist im Vergleich zum Oktober 1948 um 2500 gefallen. Die medizinischen Kurbäder dagegen haben mit 3643 Bäder den gleichen Stand wir im Oktober 1948 und im Vergleich zum Oktober 1938 um 1500 Bäder zugenommen. Insgesamt besuchten 42 118 Personen das Vierordtbad und die Volksbäder.

Vermehrter Falschgeldumlauf

Bei der Karlsruher Kriminalpolizei wurden im Oktober 1127 Neuanzeigen aller Art erstattet. Daneben übergab man ihr 2550 Aufträge für verschiedene Behörden und die Militärregierung zur Erledigung. An der Spitze der Anzeigen stehen wiederum die Diebstähle mit 376 Fällen, davon 61 schwere. Weiterhin waren zu verzeichnen: 238 Fälle von Falschgeldumlauf, 95 Betrugfälle, 76 Unterschlagungen, 65 Vergehen gegen die Verkehrsordnung, 36 Fälle von Schwarzhandel, 33 Körperverletzungen, 16 Fälle von Erregung öffentlichen Aergernisses, 12 Fälle von Unzucht mit Kindern und 12 Sachbeschädigungen. Festgenommen wurden 78 Männer und 12 Frauen. Außerdem wurden 28 Frauen wegen Geschlechtskrankheiten in das Krankenhaus eingewiesen. Die Schutzpolizei leitete 215 Neuanzeigen der Kriminalpolizei zu.

Sterbefälle vom 7.—10. November

Am 7. 11.: Nießner Johann, Schmied, Durlacher Allee 29 (35 J.). **Am 8. 11.:** Schweizerhof Friedrich, Metzgermeister, Rintheim, Hauptstraße 66 (49 J.); Ziegler Wilhelm, RB-Obersekretär, Tullastr. 86 (79 J.). **Am 9. 11.:** Leis Rolf, Vater Bäckermeister F. Leis, Lessingstr. 27 (11 Tg.); Wörner Rosa, geb. Vogt, Mühlburg, Fabrikstr. 7 (79 J.); Ehrmann Willi, Rintheim, Hauptstr. 110 (29 J.).

Hilfswerk erhielt keine Toto-Gelder

Das Hilfswerk der Evang. Kirche in Baden legt Wert auf die Feststellung, daß es entgegen anderslautenden Meldungen keine Zuwendungen aus den Erträgnissen des württembergisch-badischen Fußballtotos entgegengenommen hat. Es war zwar von einer untergeordneten Dienststelle in Unkenntnis der grundsätzlichen Einstellung ein dementsprechender Antrag eingereicht worden, er wurde aber auf Anweisung der Leitung des Hilfswerks zurückgezogen. Ebensowenig hat irgend eine andere Dienststelle der badischen evangelischen Landeskirche Gelder vom Fußballtoto angenommen.

Die Kleine Kirche wieder aufgebaut

Wie alle anderen Kirchen der Karlsruher Innenstadt war auch die von dem Baudirektor Jeremias Müller in den Jahren 1773—1776 gebaute Kleine Kirche durch den Krieg erheblich beschädigt worden. Wenn auch das äußere Bild des Baues durch die Zerstörung wenig gelitten hatte und die Umfassungsmauern von Schiff und Turm erhalten geblieben waren, so befand sich doch das Kircheninnere in einem trostlosen Zustand. Es war vollkommen ausgebrannt, und die Witterungseinflüsse hatten die Schäden noch vergrößert. Schon im August 1946 konnte mit den Wiederherstellungsarbeiten begonnen werden, und trotz der schwierigen Materialbeschaffung in der Reichsmarkzeit konnte am 3. April 1947 das Richtfest gefeiert werden. Dann aber kamen die Bauarbeiten ins Stocken, so daß die Kirche erst jetzt fertiggestellt werden konnte. Sie wird am 27. November mit einem feierlichen Gottesdienst wieder ihrer Bestimmung übergeben werden. Das Gotteshaus wurde — von einigen aus Zweckmäßigkeitsgründen im Innenraum vorgenommenen kleinen Veränderungen abgesehen — völlig im alten Stil wieder hergestellt. Damit ist eines der wertvollsten Baudenkmäler Karlsruhes vor der völligen Vernichtung bewahrt worden.

Totengedenkfeier der freireligiösen Gemeinde

Bei der Totengedenkfeier der freireligiösen Gemeinde gedachte Prediger Dr. Schramm des Reichstagsabgeordneten Ludwig Marum, der sich durch seine wohltätige Förderung den Dank der Gemeinde verdiente. Man hat in diesem Jahre aufgedeckt, daß er nicht Selbstmord verübte, wie es verbreitet wurde, sondern nach schrecklichen Mißhandlungen in seiner Zelle erdrosselt wurde. Die Feier, die im Anschluß an Goethe-Gedanken über den Tod als Mahner zur Tätigkeit vermittelte, wurde von Alexander Ruch auf dem Flügel ernst und weihevoll umrahmt.

Stadtgeschehen - kurz belichtet

Jugendlicher Ausreißer auf der Messe. Bei der Feststellung der Personalien eines elfjährigen Schülers, der Feuerwerkskörper abgebrannt hatte, stellte sich heraus, daß er vor wenigen Tagen seiner ihn betreuenden Tante in Flehingen 20 DM aus der Ladenkasse gestohlen hatte und damit nach Karlsruhe ausgerückt war, um die Messe zu besuchen.

Schon wieder ein nächtlicher Einbruch. In einer der letzten Nächte drangen Diebe in ein Modehaus der Kaiserstraße ein, indem sie vom Nebenhaus her ein Eisengitter überstiegen und dann eine große Scheibe entkitteten. Sie entwendeten Waren im Werte von etwa 3500 DM.

Verantwortungsloser Kraftfahrer. Auf der Karlsruher Allee wurde eine Fußgängerin in Höhe der Straßenbahnhaltestelle Durlach von einem Lastkraftwagen angefahren. Sie erlitt einen Oberarmbruch und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Wagen fuhr weiter, ohne daß sich sein Fahrer um die Verletzte gekümmert hätte.

Lastzug gegen Personenkraftwagen. Beim Einbiegen von der Bannwaldallee in die Kriegsstraße stieß ein Lastzug, der den Bogen nicht weit genug ausfuhr, mit einem entgegenkommenden Personenwagen zusammen. Dessen Fahrer zog sich Verstauchungen an der Hand zu. Der Pkw wurde erheblich beschädigt.

Metzgereien und Bäckereien ab 6.30 Uhr geöffnet. Im Bedarfsfalle können Bäckereien und Metzgereien ihre Ladengeschäfte werktags bereits ab 6.30 Uhr für den geschäftlichen Verkehr offenhalten. Die Arbeitszeitbestimmungen werden von dieser Verlautbarung nicht berührt.

Kraftfahrer, Transport-, Speditions- und Handelsarbeiter lädt die Gewerkschaft öffentliche Dienste zu einer Versammlung ein, die am Sonntag, den 13. 11., 9 Uhr, im Gasthaus „Zum Salmen" am Ludwigsplatz stattfindet.

Der Arbeitsausschuß des Karlsruher Kreises beschloß dieser Tage, Ende dieses Monats eine öffentliche Arbeitstagung der Freunde der deutschen Einheit aus Mittelbaden mit maßgeblichen Vertretern der demokratischen Parteien der Ostzone durchzuführen. Im Mittelpunkt der Tagung sollen die Probleme und Aufgaben des Karlsruher Kreises im Rahmen der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland stehen.

Die VVN-Bezirke Innen-Ost, Oststadt, Rintheim und Hagsfeld halten am Samstag, den 12. 11., 20 Uhr, im „Bernhardushof" die reguläre Monatsversammlung ab. Referent ist Dr. Konrad Metzerek.

Ueber die Tätigkeit der Flüchtlingsabgeordneten im Bundestag spricht Bundestagsabgeordneter Oskar Matzner in einer öffentlichen Versammlung der Heimatvertriebenen am kommenden Sonntag, 10 Uhr, in der Gaststätte „Bavaria", Ecke Hirsch- und Amalienstraße.

Zum 108. Stiftungsfest des Karlsruher Liederkranzes findet am Sonntag, den 13. November, 10.30 Uhr, im Städt. Konzerthaus ein Konzert mit Werken von Schubert, Herbeck, Lißmann und Butz statt. Dirigent ist Otto Feil, Solisten sind Renate Sörrensen, das Witzenbacher-Trio und Bläser des Musikvereins Harmonie.

Einen karnevalistischen Herrenabend veranstaltet die Karnevalsgesellschaft des Gesangvereins Badenia am Freitag, den 11. 11., um 20.11 Uhr, im Gasthaus „Zum Elefanten" als Auftakt zu den geplanten Jubiläumsveranstaltungen.

Die Gesellschaft „Humoristika" veranstaltet am Samstag, den 12. 11. 49, 20 Uhr, im Studentenhaus einen bunten Abend mit Tanz.

Zu einem geselligen Nachmittag am Sonntag, den 13. 11., 14 Uhr, im Gasthaus „Zum Felshof", Schützenstraße, lädt der Deutsche Schwerhörigenbund, Ortsverein Karlsruhe, ein. Auch Nichtmitglieder und Guthörende sind willkommen.

„Abend der Theaterschule" verlegt. Wegen des Todes von Frau Munz wird der für Samstagabend angekündigte „Abend der Theaterschule" auf Dienstag, den 22. 11., 19.30 Uhr, im Munzsaal verlegt. Gelöste Karten behalten Gültigkeit.

Eine Feierstunde zur 200. Wiederkehr des Geburtstages Johann Wolfgang von Goethes und zur Ehrung des Ehrenchormeisters Heinrich Lechner aus Anlaß seines 80. Geburtstages veranstaltet der Männerchor „Concordia" am Samstag, den 12. 11., 20 Uhr, in der Gaststätte „Zum Elefanten", Kaiserstraße 42.

Einen Hilfswerkbazar mit dem Verkauf von Gegenständen aller Art, mit einer Kaffee- und Weinstube sowie einer Tombola veranstaltet das Hilfswerk der Ev. Kirche am Samstag, den 12. 11., von 15 bis 21 Uhr und am darauffolgenden Sonntag von 14 bis 20 Uhr im Ziegler-Saal, Baumeisterstr. 18.

Im 2. Kammermusikabend der Konzertdirektion Neufeldt am Freitag, den 11. November, um 19.30 Uhr, im Bonifatiussaal wird das Schneiderhan-Quartett Werke von Haydn, Beethoven und Schubert spielen.

In der ersten Musikstunde der T.H. am Freitag, den 11. 11., 20 Uhr, im Saale 25 des Aulabaues der Techn. Hochschule spielt Erika Frieser Werke von Bach und Hindemith.

Die Mitglieder des Kreisgartenbauverbandes Karlsruhe versammeln sich am Sonntag, den 13. 11., um 15 Uhr, im „Kühlen Krug". Auf dem Programm stehen Fragen des Obst- und Gemüseabsatzes.

Die zum „Fest der Presse" bestellten Karten bitten wir bei der Redaktion der Karlsruher Neuen Zeitung, Waldstraße 28 (Zimmer 26) abzuholen.

In einem Farblichtbildervortrag der Naturfreunde am Freitag, den 11. 11., 19.30 Uhr, im Studentenhaus spricht H. Braun über „Kreuz und quer durch die schöne Hegau- und Bodenseelandschaft".

Ueber „Das vorcolumbianische Amerika und das Weltbild der Sumerer" spricht am Freitag, den 11. November, 19.30 Uhr, im Engler-Saal des Bauingenieurgebäudes der Techn. Hochschule R. Schaubart, Gelsenkirchen.

„Eignungsuntersuchungen im Betrieb zur Auslese und Verwertung aller vorhandenen Möglichkeiten" betitelt sich ein Vortrag des Karlsruher Bezirksvereins deutscher Ingenieure und der Gesellschaft für Arbeitszeitstudien und Lohnentwicklung am Freitag, den 18. 11., 19.30 Uhr, im Redtenbacher-Saal der Techn. Hochschule. Referent ist Dr. E. Oberhoff, Schwäbisch-Gmünd.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

General-Aufbau-Programm für Karlsruhe in Sicht

Stadtrat gab dem 50-Millionen-Haushaltsplan seine Zustimmung — Im außerordentlichen Haushalt sind noch rund 7 Mill. DM ungedeckt

Nach einer nur dreistündigen Sitzung nahm der Stadtrat am Mittwochabend bei einer Stimmenthaltung und vier Gegenstimmen den Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe für das Haushaltsjahr 1949/50 an. Der ordentliche Haushalt sieht in Einnahmen und Ausgaben 50 475 440 DM vor. Der Erfolgsplan der Städtischen Werke einschließlich der Rheinhäfen, also deren Gewinn- und Verlustrechnung, weist Aufwendungen und Erträge von je 28 243 270 DM aus. Im Endergebnis wird allerdings der Erfolgsplan der Werke ein Defizit von etwa 600 000 DM bringen. Der außerordentliche Haushaltsplan der Stadtverwaltung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit je 16 004 250 DM ab. In ihm sind außerordentliche Aufwendungen der Werke einschließlich der Rheinhäfen in Höhe von 5 883 490 DM enthalten, die von den Werken nicht selbst aufgebracht werden können. Die außerordentlichen Ausgaben einschließlich des Finanzplans der Werke belaufen sich auf 18 254 750 DM, von denen bisher durch Anleihen und Abschreibungen 11,3 Millionen gedeckt sind. Für rund 7 Millionen DM fehlt die Deckung noch. — Im Laufe einer ausführlichen Erklärung zum Haushaltsplan kündigte Oberbürgermeister Töpper ein General-Aufbau-Programm der Stadt Karlsruhe an, dessen in einer Reihe von Jahren vorgesehene Verwirklichung etwa 75 Millionen DM erfordern wird.

Gedanken zum Haushaltsplan

Daß die Haushaltsdebatte, von der Oberbürgermeister Töpper angekündigt hatte, sie würde 3 bis 4 Tage in Anspruch nehmen, nur ganze drei Stunden dauerte, war eine kleine Ueberraschung. Aber das hatte seinen Grund darin, daß der Voranschlag erst so spät, d. h. 7½ Monate nach Beginn des Haushaltsjahres, vor den Stadtrat gebracht wurde. Wir meinen, daß die Beratung bei intensiverer Bearbeitung in den Stadtratskommissionen frühzeitiger hätte erfolgen können, trotz Währungsreform und der sich aus dieser finanziellen Umschichtung ergebenden Schwierigkeiten. So kam es, daß der Stadtrat über die für die Einzelpositionen vorgeschlagenen Gelder praktisch nicht mehr verfügen konnte, weil ja inzwischen der größte Teil des Geldes schon ausgegeben ist. Nun, die Stadtverwaltung versprach, es im nächsten Jahre besser zu machen. Doch dies nur nebenbei.

Betrachtet man das 216 Seiten starke Buch, in dem der Haushaltsplan dieses Jahres in Zehntausenden von Einzelziffern aufgeschlüsselt ist, so fällt als Wichtigstes ins Auge, daß der Voranschlag erstmals wieder seit Kriegsende einen außerordentlichen Haushaltsplan enthält. Das ist also jener Teil des städtischen Budgets, der nur ganz unwesentlich aus Rücklage-Entnahmen gedeckt werden kann, im übrigen aber seine Deckung durch Aufnahme von Darlehen erfahren muß. Nur auf diese Weise war es möglich, die Karlsruher Schulen zu einem beträchtlichen Teil instand zu setzen, Brücken wiederherzustellen, das Städtische Krankenhaus einzurichten, die Ausstellungshalle aufzubauen, den Wiederaufbau der zerstörten Rheinhafen-Anlagen in Angriff zu nehmen und eine Reihe anderer bedeutsamer Bauprojekte vorzubereiten oder zu beginnen. Ohne den außerordentlichen Haushalt, mit anderen Worten ohne die Aufnahme von Darlehen, würde es nicht gelingen, die umfangreichen Kriegsschäden in Karlsruhe zu beseitigen. Indessen ist — man erkennt das sehr leicht — der außerordentliche Haushaltsplan zugleich die Achillesferse des bekannten Voranschlags, denn zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben fehlt immerhin noch ein Betrag von rund 7 Millionen DM, der bisher durch Darlehen nicht gedeckt werden konnte. Und man versteht, was der Oberbürgermeister meinte, als er vorsichtig andeutete, daß nach dem gegenwärtigen Stande „Anlaß zu aufmerksamer Beobachtung der finanziellen Lage" besteht.

Aus der Rede von Oberbürgermeister Töpper scheint uns das angekündigte General-Aufbau-Programm die stärkste Beachtung zu verdienen. Man kann der Ansicht sein, daß dieses Programm etwas spät kommt. Indessen ist durch die detaillierte Behandlung von Einzelfragen, etwa der Bebauung der Kaiserstraße (die ja ohnehin noch sehr in der Schwebe ist), vermutlich noch nichts verdorben. Im übrigen ist es doch sehr nützlich, wenn sowohl der Stadtrat als auch die Oeffentlichkeit erfährt, was sich die Stadt für die kommenden Jahre alles vorgenommen hat. Auf solche Weise kann die Dringlichkeit der einzelnen Baumaßnahmen vom Stadtrat selbst beurteilt werden, und auch die Bürgerschaft, die bisher von neuen Projekten erst erfuhr, wenn der Stadtrat mal wieder eine halbe Million DM genehmigt hatte, ist Gelegenheit zur Kritik gegeben.

Die erfreulich sachliche, wenn auch nicht allzu ergiebige Debatte im Anschluß an die als eine Art kleiner Regierungserklärung anzusehende Rede des Oberbürgermeisters brachte, zusammen mit der Erwiderung Bürgermeister Heurichs, einen wertvollen Hinweis. Nach der vor zweieinhalb Wochen erfolgten Aussprache mit den Grundstücksbesitzern in der Kaiserstraße und den mit geradezu bestrickender Logik vorgebrachten Darlegungen der von diesen beauftragten Rechtsanwälte scheint nun doch einem Teil der Stadtväter der Boden unter den Füßen etwas heiß zu werden. Das soll kein Vorwurf sein. Aber es erfüllt doch mit Genugtuung, wenn zu erkennen ist, daß sich die Stadträte sowohl als auch die Stadtverwaltung über alle finanziellen Konsequenzen des Hochbau-Lieblingsprojektes, nämlich der eingeschossigen Ladenvorbauten und der Arkaden, Gedanken machen. Denn die Angelegenheit könnte, schlimmstenfalls, für die Stadtverwaltung ein finanzieller Pferdefuß beträchtlichen Ausmaßes werden. Die Stadtväter haben den Satz aus der Rede des Oberbürgermeisters wohl sicher nicht überhört, in dem er sagte, die finanzielle Auswirkung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtplanung erscheine in diesem Haushaltsplan „noch nicht".

Es geschieht nicht ohne Absicht, daß wir unseren Lesern die mit dem Haushaltsplan zusammenhängenden Fragen in so ausführlicher Weise darlegen. Wir verbinden damit die stille Hoffnung, daß die Bürgerschaft in weit größerem Umfang als bisher an den Geschicken ihrer Stadt Anteil nimmt. Denn nur wenn die Oeffentlichkeit selbst sich für die Entscheidungen, die im Stadtrat gefällt werden, mitverantwortlich fühlt, und wenn sie auch rechtzeitig Kritik übt, wird jenes erstrebenswerte Ziel erreicht werden, von dem wir in Deutschland noch immer so sehr entfernt sind: Die Gemeinschaft zwischen Verwaltenden und Verwalteten. jw.

Die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters

Die Beratung über den Haushaltsplan begann mit einer umfassenden Rede des Oberbürgermeisters. Er legte dar, daß die Fertigstellung des Haushaltsplans sich infolge der durch die Währungsreform geschaffenen neuen Verhältnisse wesentlich verzögert habe. Dann sprach er davon, wie auf die Stadtverwaltung gegenwärtig zeitbedingte Aufgaben einstürmten, die alle Gebiete des menschlichen Daseins und Wirkens umfassen. Aber da es unmöglich sei, diesen Bedürfnissen in dem erforderlichen Umfange nachzukommen, bleibe der Stadtverwaltung nur übrig, eine Auswahl zu treffen und bei stärkster Anspannung der finanziellen Kräfte das Bestmögliche für das Gemeinwohl zu leisten.

Neuer Staatstheaterzuschuß erforderlich

Der Orberbürgermeister skizzierte dann die wesentlichen Zahlen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplanes und sagte, diese Summen seien noch nicht das Letzte, was an die Finanzkraft der Stadtverwaltung an Anforderungen gestellt werde. Denn zusätzlich seien dem ordentlichen Haushalt durch zwingende Anordnungen übergeordneter Behörden oder durch Stadtratsentschließungen Aufwendungen von über 707 000 DM erwachsen, zu denen die Soforthilfe-Verpflichtung der Stadtverwaltung mit 247 000 DM und die Verpflichtungen der Städtischen Werke zur Soforthilfeabgabe mit rund 400 000 DM hinzukämen.

Es bedeutete keine Überraschung mehr, als Oberbürgermeister Töpper bekanntgab, daß zu den bereits bewilligten 550 000 DM für das Badische Staatstheater in nächster Zeit nochmals ein Zuschuß von rund 209 000 DM vom Stadtrat genehmigt werden müsse. Über die künftige Gestaltung des Theaters und darüber, wie das Theater in der nächsten Spielzeit seine Aufgaben unter Wahrung der künstlerischen Belange bei entsprechenden Einsparungen lösen soll, schweben zur Zeit im Verwaltungsrat die Verhandlungen. Der Oberbürgermeister gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, einen Teil der ausgesprochenen Kündigungen zurückzunehmen.

„Ich kann nicht einsehen, daß . . ."

Auf das Problem der Arbeitslosigkeit eingehend, stellte der Oberbürgermeister dar, wie die Struktur unserer Stadt, ihre derzeitige verkehrspolitische Lage und andere Umstände weit mehr als anderswo zu einer Massenarbeitslosigkeit geführt haben. Die für das Bausonderprogramm im Frühjahr genehmigten 13,7 Millionen DM, zu denen später weitere 937 000 DM hinzukommen, seien zu etwa 80 Prozent im Hoch- und Tiefbau verwendet worden. Diese Gelder hätten die Wirtschaft nicht unbeträchtlich belebt. Dazu seien auf städtische Vermittlung Landesmittel für den Wohnungsbau im Gesamtbetrag von 8,7 Millionen DM hinzugekommen. An der Tatsache, daß die Stadtverwaltung für 11 439 auswärts wohnende Arbeitnehmer Gewerbeausgleichszuschüsse zu bezahlen habe, stellte der Oberbürgermeister dar, wie diese Belebung der Wirtschaft nicht nur den Bewohnern der Stadt, sondern auch denen der näheren und weiteren Umgebung zugute gekommen sei.

„Ich will", so führte Oberbürgermeister Töpper im Anschluß daran aus, „nicht in den Kampf Südweststaat oder einiges Baden eingreifen. Karlsruhe, das einmal als Beamten- und Verwaltungs-Stadt gegründet war, hat durch die staatliche Neuordnung schwer gelitten, und ich kann nicht einsehen, daß man sich in Stuttgart auf den Standpunkt stellt, daß alle Vernunftsgründe für Stuttgart als Hauptstadt sprechen. Wenn man sich aber nicht dazu entschließen kann, Karlsruhe zur Landeshauptstadt zu machen, so sprechen doch alle Gründe dafür, daß ein Teil der Zentralmittelbehörden nach Karlsruhe verlegt wird. Daß unsere Hochschule und das Theater erhalten bleiben, halte ich für selbstverständlich."

Ein Wort an Mißgünstige

Der Oberbürgermeister beschäftigte sich dann noch einmal mit dem Badischen Staatstheater. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß die Stadt durch ihren Betriebszuschuß die Hälfte der Pensionsverpflichtungen für das Staatstheater in Höhe von 403 650 DM zu leisten habe. Er bezeichnete es als bedauerlich, daß einzelne auswärtige Stadtverwaltungen und Landtagsabgeordnete immer wieder die staatlichen Aufwendungen für das Staatstheater anprangern. Man verkenne dabei, daß der Badische Staat — und zwar in weit größerem Umfang als benachbarte Länder — nicht nur der Regierungsstadt, sondern allen größeren Städten regelmäßige Zuwendungen machte. Diese Tradition habe Nordbaden fortgesetzt. Mannheim sollte daran denken, daß sein Rheinhafen ein Staatshafen ist, und daß die Bau- und Betriebsaufwendungen nach dem Staatshaushaltsplan 1949 allein 10,6 Millionen DM betragen. Die Kliniken in Heidelberg würden vom Staat unterhalten, und während z. B. Karlsruhe im Jahre 1949 für sein Krankenhaus haushaltsmäßig 905 270 DM ordentliche Zuschüsse und nahezu 1,2 Millionen DM außerordentliche Aufwendungen tragen müsse, bezahle Heidelberg für seine Kliniken jährlich nur 60 000 bis 70 000 DM. Pforzheim habe seine Kunstgewerbe- und Goldschmiedeschule, Baden-Baden die Staatliche Kur- und Bäderverwaltung. Während die Staatliche Musikhochschule in Stuttgart 130 000 DM Staatszuschüsse erhält, wende die Stadt Karlsruhe für seine Musikhochschule einen Zuschuß von über 60 000 DM auf. Was der Staat also für das Badische Staatstheater ausgebe, sei weit niedriger, als was andere Städte für ihre staatlichen Einrichtungen bekommen.

Defizit der Städtischen Werke

Ein pessimistisches Bild gab der Oberbürgermeister über die Entwicklung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt. Diese ließen finanziell trotz größter Leistungen keine günstige Entwicklung erwarten. Der nach dem Entwurf des Haushaltsplanes vorgesehene Gewinn in Höhe von 502 400 DM könne nicht erzielt werden. Man müsse im Gegenteil mit einem Gesamtverlust von etwa 600 000 DM rechnen. Diese ungünstige Entwicklung rühre insbesondere von der Straßenbahn her. In welchem Umfang infolge der Tariferhöhung eine Verbesserung eintritt, könne noch nicht beurteilt werden.

Obschon eine Reihe von Dienststellen, die infolge des Krieges geschaffen werden mußten, inzwischen aufgelöst sind, so das Bezirksverwaltungsamt, das Straßenverkehrsamt und das Wirtschaftsamt, seien im Personalaufwand noch keine erheblichen Einsparungen zu verzeichnen. Dies rühre insbesondere daher, daß dringende Arbeiten auf verschiedenen Aufgabengebieten eine vorübergehende Personalverstärkung erfordern. Kündigungsschutzbestimmungen und der eigene soziale Wille der Stadtverwaltung hätten zudem Veranlassung gegeben, die erforderlichen und grundsätzlich bejahten Sparmaßnahmen mit gebotener Rücksicht durchzuführen. Im Endergebnis werde eine Verwaltung erstrebt, die mit einer sparsam gehaltenen Zahl von Arbeitern, Angestellten und Beamten auskommt.

Der Oberbürgermeister kam dann auf den außerordentlichen Haushaltsplan zu sprechen. Er gab zu bedenken, daß die Aufgaben der Stadt nicht nur über, sondern eben so sehr auf und unter der Erde liegen, also in Kanal-, Brücken- und Straßenbauten. Innerhalb des außerordentlichen Haushaltsplanes nehme das Tiefbauamt allein 4,4 Millionen DM in Anspruch. Zur Deckung des außerordentlichen Haushalts sei lediglich die Aufnahme von Darlehen übrig geblieben, für die insbesondere die Versicherungs-Unternehmungen in Frage gekommen seien. Diesen sprach der Oberbürgermeister den Dank der Stadtverwaltung aus.

7 Millionen DM nicht gedeckt

Bei Erwähnung der Tatsache, daß zu dem Wiederaufbau der zerstörten Schulen im Jahre 1949 1,8 Millionen DM ausgegeben worden seien, betonte der Oberbürgermeister, daß man der Instandsetzung der Schulgebäude, vor allem der Volksschulen, noch weit größere Aufmerksamkeit werde widmen müssen. Auch Schulhaus-Neubauten werden nicht unberücksichtigt bleiben können. Daneben bezeichnete er folgende Aufgaben als für die nächste Zukunft besonders wichtig: Die Beschaffung von Inventar für die Krankenanstalten, Bau eines neuen Klärwerks und eines Westsammelkanals, die Errichtung von Industriegelände, den Wiederaufbau der Rheinhafenbauten und -betriebseinrichtungen, die Erneuerung der Gas-, Wasser- und Stromerzeugungsanlagen und die Beschaffung neuer Straßenbahnwagen. Über die finanzielle Auswirkung von Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtplanung werde der Stadtrat noch besonders Beschluß fassen müssen.

Die Gesamtausgaben für den außerordentlichen Haushaltsplan in Höhe von 18,3 Millionen DM seien bisher nur zu 11,3 Millionen DM gedeckt. Zur vollen Deckung fehlten daher noch 7 Millionen DM. Die Haushaltsvorgriffe hätten zwar infolge der langsamen Entwicklung der Bauarbeiten noch nicht zu ernsteren finanziellen Folgen geführt, doch bestehe nach dem gegenwärtigen Stande Anlaß zu aufmerksamer Beobachtung der finanziellen Lage.

Das General-Aufbau-Programm

Der Oberbürgermeister machte dann einige bemerkenswerte Andeutungen über die künftigen baulichen Absichten der Stadtverwaltung. Bisher hätten die außerordentlichen Aufgaben der Stadt nur von Jahr zu Jahr, von Fall zu Fall und im Rahmen der außerordentlichen Haushaltspläne entschieden werden können. Es sei jedoch die Absicht der Stadtverwaltung, dem Stadtrat in den nächsten Monaten ein Generalaufbauprogramm vorzulegen, mit dessen Bearbeitung man schon begonnen habe. Hierbei soll dem Stadtrat ein Gesamtüberblick über alle außerordentlichen Aufgaben verschafft werden, deren Bewältigung in den nächsten Jahren anfallen wird. Dabei sei nicht nur an den Wiederaufbau der städtischen Gebäude und Einrichtungen, sondern auch an alle Maßnahmen gedacht, die zur oft erörterten und zur „einigermaßen hoffnungsvoll" beginnenden Industriallsierung unserer Stadt, zur Beseitigung gefährlicher Verkehrsverhältnisse und zur Durchführung von Stadtplanungsmaßnahmen gehören. Dem Stadtrat soll Gelegenheit gegeben werden, dieses Programm zu überprüfen und nach Dringlichkeitsstufen zu beurteilen. Das General-Aufbau-Programm soll nach und nach im Rahmen der alljährlichen außerordentlichen Haushaltspläne und nach Maßgabe der jeweils verfügbaren Darlehens- und sonstigen Deckungsmittel verwirklicht werden. Nicht die Bedürfnisse des Augenblicks, sondern die Gestaltung auf weite Sicht sollen für die zukünftige Arbeit entscheidend sein. **Der Oberbürgermeister deutete in diesem Zusammenhang an, daß zur Verwirklichung des General-Aufbau-Programms ein Gesamtbetrag von etwa 75 Millionen DM erforderlich sein wird.**

Problem Durlach und Knielingen

Auf die finanzielle Situation der Stadtverwaltung eingehend, sagte der Oberbürgermeister, daß im Haushaltsjahr 1949/50 keine neuen Ausgaben mehr übernommen werden können. Es wird im Gegenteil zum Ausgleich des ordentlichen Haushalts zusätzlicher Sparmaßnahmen bedürfen, über die noch entschieden werden muß. Andernfalls sei ein Haushaltsfehlbetrag zu erwarten, der die zukünftige Haushaltslage vorbelasten würde. Der tatsächliche Ausgleich des außerordentlichen Haushaltsplans sei vorerst völlig ungewiß. Er sei abhängig von der Möglichkeit zur Aufnahme weiterer langfristiger Darlehen. Der Redner gab in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, daß die Gemeinden durch eine spätere finanzpolitische Bereinigung finanziell mehr und mehr auf eigene Füße gestellt werden.

Mit großer Aufmerksamkeit wurden zum Schluß die Ausführungen des Oberbürgermeisters über die in den Stadtteilen Durlach und Knielingen beobachteten Ausgemeindungsbestrebungen aufgenommen. Die Stadt Karlsruhe, so erklärte Töpper, habe diesen Stadtteilen gegenüber ein gutes Gewissen; denn sie habe für sie getan, was in ihren Kräften stand. Hinsichtlich Durlachs verwies der Oberbürgermeister auf die in neuester Zeit erfolgte Herstellung der Gasversorgung und auf die verschiedenen Brückenbauten. Die enge Verflechtung Durlachs mit Karlsruhe sei allein schon daraus ersichtlich, daß über ein Drittel der gesamten berufstätigen Durlacher Bevölkerung, nämlich 3500 Personen, in Karlsruhe arbeiten. Was so eng verbunden sei, solle man nicht trennen.

Was Knielingen anbelange, so sei dort, ausgehend von den Bestrebungen der 500 Bürgergenußberechtigten, eine Ausgemeindungsaktion eingeleitet worden, weil diesen Genußberechtigten eine Erhöhung ihrer Bürgerrente verweigert wurde, die in zehn Jahren Mehrkosten von 200 000 DM verursacht hätte. Die Stadtverwaltung habe sich bereit erklärt, der in Gründung befindlichen Baugenossenschaft Knielingen tatkräftig zur Seite zu stehen. Es scheine der Stadtverwaltung immerhin zweckmäßiger, so erklärte der Oberbürgermeister unter lebhafter Zustimmung des Hauses, diese 200 000 DM zur Linderung der Wohnungsnot zu verwenden als sie zur Erhöhung der Bürgerrente auszuwerfen.

Diese allgemeinen Ausführungen zum Thema Knielingen und Durlach belegte der Oberbürgermeister mit einigen eindrucksvollen Zahlen. In Durlach betrage das gesamte Steuer-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

aufkommen der Stadt 1 215 000 DM; die Ausgaben jedoch belaufen sich auf 2 087 000 DM. In Knielingen stehen 184 174 DM Steuereinnahmen Ausgaben in Höhe von 341 875 DM gegenüber. Der Redner verwies ferner darauf, daß allein 583 Durlacher Einwohner und 108 Personen aus Knielingen bei der Stadtverwaltung Karlsruhe arbeiten. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß in Durlach und Knielingen, nicht zuletzt im Interesse der Berufsbevölkerung dieser Stadtteile, die mit Karlsruhe eng verflochten sei, bald wieder eine Beruhigung einsetzt.

Zum Schluß sprach Oberbürgermeister Töpper die Hoffnung aus, daß das Schicksal Karlsruhes in der Zukunft durch die allgemeine Entwicklung und die Neuordnungsmaßnahmen im Südwestraum günstig beeinflußt werde.

Die Stellungnahme der Parteien

SPD Wider Erwarten nahm die Debatte nur einen einzigen Sitzungstag in Anspruch. Als erster nahm Stadtrat Walter zum Haushaltsplan Stellung. Er bedauerte, daß nach so vorgeschrittener Zeit praktisch am Etat keine Korrekturen mehr vorgenommen werden könnten. Andererseits brachte er seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß zum erstenmal wieder ein außerordentlicher Etat aufgestellt wurde, weil anders der Wiederaufbau der Schulen und die Förderung des Wohnungsbaus nicht hätte geschehen können. Große Sorge bereite seiner Partei die Tatsache, daß 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens für die Verwaltung, also im wesentlichen für Personalausgaben aufgewendet werden müssen. Es dürfte nichts unversucht gelassen werden, um hier eine Aenderung herbeizuführen. Eine Stadt wie Karlsruhe könne sich einen so großen Verwaltungsapparat nicht leisten. Als eine Möglichkeit, zu Einsparungen zu gelangen, schlug er vor, für alle abgehenden Beamten während der nächsten Jahre keine Neueinstellungen mehr vorzunehmen. Für das Haushaltsjahr 1950 stellte er einen Antrag seiner Partei in Aussicht, der Betriebskrankenkasse der Stadtverwaltung einen besonderen Zuschuß zu gewähren.

Obschon der Sprecher die Leistungen der Karlsruher Polizei voll würdigte, setzte er sich für eine Reduzierung des Personals ein.

Beim Schulwesen kritisierte er, daß für Volksschulen 850 000 DM weniger angesetzt wurden als im Vorjahr, während die Oberschulen um 25 Prozent besser bedacht worden seien. Hinsichtlich der Musikhochschule erbat er eine Auskunft über die dortige Personalpolitik. Den für die Krankenanstalten erforderliche Zuschuß in Höhe von 900 000 DM bezeichnete Walter bei Würdigung der Gesamtausgaben als gering und sprach der Verwaltung, der Aerzteschaft und dem Pflegepersonal den Dank seiner Partei aus. Am Wohnungsbau kritisierte der Sprecher die unerträglich hohen Mieten. Darüber hinaus verlangte er vom Bürgermeisteramt die lange in Aussicht gestellte Vorlage zur Durchführung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms. Wegen der als unerträglich empfundenen hohen Chlorbeigabe zum Trinkwasser bat der Sprecher die Stadtverwaltung, erneut bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden. Unter dem Vorbehalt, daß die Aufwendungen für die Schulen noch einmal überprüft und gerecht verteilt werden, gab Stadtrat Walter dem Haushaltsplan namens seiner Partei seine Zustimmung.

CDU Die Sparsamkeit, so führte Stadtrat Sprauer aus, müsse heute oberster Grundsatz für die Haushaltsführung sein. Diese Sparsamkeit sei vor allem in personeller Hinsicht erforderlich. Um Geld zu sparen, schlug Sprauer vor, eine Welle von Beförderungen, die bereits begonnen habe, abzustoppen. Sparsamkeit müsse auch in allen Sparten des Staatstheaters verlangt werden. Er bedauerte jedoch den Abbau des Schauspiels und schlug vor, die Position der im Verwaltungsrat tätigen Stadträte so zu stärken, daß dort die Meinungen des Stadtrats durchgesetzt werden können. Ein warmes Wort legte der Sprecher für den Wiederaufbau der Schulen ein und brachte Beispiele dafür, wie in einer Reihe von Karlsruher Schulen oft Tausende von Schülern in ganz wenigen Schulräumen unterrichtet werden müßten. Es sei, so sagte Sprauer in diesem Zusammenhang, geradezu ein Wunder, daß die Mütter wegen der katastrophalen Schulverhältnisse noch nicht zur Revolution geschritten seien. Er bat, daß die früher aufgestellte Rangordnung beim Wiederaufbau — Krankenanstalten, Schulgebäude, Wohnungen — beibehalten werde.

Hinsichtlich der Neugestaltung der Kaiserstraße richtete der Redner an die Stadtverwaltung die Anfrage, ob die Stadt alle seitens der Interessenten und deren Anwälten vorgebrachten Bedenken auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft und keine Maßnahmen getroffen habe, die geeignet sein können, die Stadt zu irgend einer Zeit zu Millionenausgaben zu zwingen. Die Wünsche seiner Partei brachte Stadtrat Sprauer zusammenfassend dahingehend zum Ausdruck, daß er eine frühzeitige Haushaltsberatung für das Jahr 1950 wünschte, daß er Sparsamkeit forderte, daß jedoch der Stadtverwaltung trotz äußerster Sparsamkeit die Möglichkeit gegeben werde, ihren Wiederaufbau durchzuführen.

FDP Stadtrat Keßler brachte zum Ausdruck, daß Karlsruhe schon im Jahre 1940, als der Regierungssitz nach Straßburg verlegt wurde, erheblich an Bedeutung eingebüßt habe. Der Einflußbereich Karlsruhes müsse in der Zukunft nach Ost und West ausgedehnt werden. Er rügte im übrigen, daß der Voranschlag nur in einigen Stadtratskommissionen beraten wurde, so daß die erzieherische Aufgabe der Haushaltsberatung gerade für die jüngeren Stadträte außer acht gelassen wurde. Weiter kritisierte er die Erhöhung des Personalaufwandes bei der Hauptverwaltung und die Beibehaltung des hohen Personalstammes beim Wohnungsamt. Er schlug vor, die Stadtverwaltung solle dem Stadtrat vierteljährlich eine Aufschlüsselung über die bei den einzelnen Aemtern Beschäftigten übergeben. Auch er beanstandete die hohen Ausgaben für die Polizei und bat, beim Schulprogramm die fortwährende Zunahme der Bevölkerung zu berücksichtigen. Mit dem Wunsch auf eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat gab auch Prof. Keßler dem Haushaltsplan seine Zustimmung.

KPD Wie seine Vorredner rügte auch Stadtrat Dietz die späte Vorlage des Haushaltsplans. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Rationalisierung innerhalb der Stadtverwaltung gab Dietz zu bedenken, daß man nicht in den Fehler verfallen solle, nicht vertretbaren Forderungen das Wort zu reden und die Beamten und Angestellten noch mehr zu belasten. Dietz sprach sich dann in entschiedener Weise gegen die Kündigung des Schauspiels und Orchesters beim Staatstheater aus und bezeichnete diesen Entschluß als kurzsichtig. Er müsse es als eine Kulturschande bezeichnen, wenn das tragende kulturelle Element aus dem Theater herausgebrochen werde. Dem Stadtrat komme die Aufgabe zu, diesen Beschluß zu revidieren und andere Wege zu zeigen, die zur Gesundung des Theaters führen. Auch er beanstandete die verhältnismäßig geringen Zuwendungen für die Volks- und Gewerbeschulen, die, umgerechnet auf einen Schüler, jährlich 70 DM betragen, während für jeden Oberschüler 230 DM und für jeden Gymnasiasten 300 DM ausgeworfen werden.

Nach einem Bedauern über die geringen Fürsorgesätze wandte er sich gegen die Tariferhöhungen bei der Straßenbahn, die das Budget der Städtischen Werke nicht erhöht, sondern zu einem weiteren Defizit geführt hätten. Stadtrat Dietz forderte dann den Bau stadteigener Wohnungen und kündigte einen Antrag an, der die Errichtung von 200 solchen Wohnungen vorsieht. Hinsichtlich der von der Stadtverwaltung aufgenommenen Kredite äußerte Stadtrat Dietz den Wunsch, daß der Stadtrat von solchen Anleihen nicht erst unterrichtet wird, wenn sie in einem konkreten Zusammenhang mit einem bestimmten Projekt gebracht sind, und daß das Stadtratskollegium künftig selbst über die Verwendung dieser Anleihen entscheiden kann. Im Hinblick darauf, daß die KPD bei verschiedenen Vorgriffen auf den Haushaltsplan schon eine ablehnende Haltung eingenommen hat, versagte Stadtrat Dietz namens seiner Partei auch die Zustimmung zum Gesamt-Haushaltsplan.

Ein Generalgutachten für Kaiserstraße?

Im Anschluß an die Stellungnahme der Parteien machten Oberbürgermeister Töpper, Bürgermeister Heurich und Beigeordneter Dr. Gutenkunst noch eine Reihe von erläuternden Ausführungen. So kündigte Bürgermeister Heurich an, daß die Projekte über einen großzügigen Siedlungsbau schon in den nächsten Tagen fertiggestellt sein werden. Hinsichtlich der Einwände zum Bebauungsplan für die Kaiserstraße sagte Heurich, es werde alles geschehen, um zu verhindern, daß letztlich die Stadtverwaltung der zahlende Faktor sei. Notfalls werde ein juristisches Generalgutachten eingeholt werden. Dr. Gutenkunst brachte zum Ausdruck, daß eine Erhöhung der Verpflegungssätze bei den städtischen Krankenanstalten vorerst nicht in Frage komme und daß man sich nur dann dazu entschließen werde, wenn kein anderer Weg übrig bleibe.

Unter Erheben von den Plätzen wurde sodann die Abstimmung über den Haushaltsplan 1949/50 vorgenommen. Bei Stimmenthaltung von Stadtrat Schopf (FDP) und gegen die vier Stimmen der KPD wurde der Haushaltsplan angenommen. Der Antrag der KPD auf Ermäßigung der Hundesteuer wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mit dem Dank an seine Mitarbeiter, an den Stadtrat und das gesamte städtische Personal wurde die Sitzung geschlossen. W.

„Ein Theater ohne eigenes Schauspiel ist kein Theater"

Brief der Besucherorganisation „Die Volksbühne" an den Verwaltungsrat des Bad. Staatstheaters

Die Volksbühne Karlsruhe ließ uns die Abschrift eines dieser Tage dem Verwaltungsrat des Staatstheaters übermittelten Schreibens zukommen, das wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen. (D. Red.)

Durch die verschiedenen Pressemeldungen über eine zu erwartende Auflösung des Schauspielensembles und die Kündigung des Orchesters unseres Karlsruher Theaters sieht sich die Volksbühne Karlsruhe zu folgenden besorgten Fragen veranlaßt:

Sind die ausgesprochenen Kündigungen als endgültig und damit die Abschaffung des Schauspiels als definitiv zu betrachten?

Stellen die ausgesprochenen Kündigungen nur eine vorsorgliche Maßnahme dar, die geeignet ist, über neue Vertragsvereinbarungen zu befinden und damit eine den gegebenen finanziellen Möglichkeiten Rechnung tragende Verminderung der Mitgliederzahl zu erreichen?

Ist sich der Verwaltungsrat des Bad. Staatstheaters bewußt, daß ein Institut ohne Schauspiel — das heißt ohne eigenes Ensemble — das Recht verwirkt hat, sich Theater zu nennen?

Unbeschadet obiger Fragen ist sich die Volksbühne darüber im klaren, daß eine notwendige Korrektur der zu Ende der vergangenen Spielzeit erfolgten gewagten Dispositionen im Hinblick auf die allgemeine finanzielle Situation nicht zu umgehen ist. Abgesehen von der Absurdität, ein Theater durch Abschaffung des Schauspiels seines ursprünglichen Bestimmungszwecks zu entfremden, dürfte es erfahrungsgemäß hinlänglich bewiesen sein, wie sehr Gastspiele fremder Ensembles allein schon durch jahreszeitliche Unbilden oft in Frage gestellt sind.

Abschließend möchte die Volksbühne als Stimme der in ihr zusammengefaßten breiten Besucherschicht nicht versäumen, das beschließende Gremium darauf aufmerksam zu machen, daß die durch die aktuellen Gegebenheiten entstandene öffentliche Meinung sehr wohl zu berücksichtigen ist.

Im Staatstheater ...

... wird heute um 19.30 Uhr Puccinis „La Bohème" aufgeführt (Platzmiete C).

Im Berliner Tempo

Meisterabend froher Unterhaltung

Am Beispiel Karlsruhes gemessen, läßt sich der aufsehenerregende Beweis erbringen, daß der vergangene Sonntag unter dem Zeichen eines verschwenderischen Aufblühens aller kulturellen Veranstaltungen stand, eines seit dem Kriege noch nie dagewesenen Zusammentreffens günstiger Konstellationen, die allen Künstlern nach vorübergehender Flaute wieder die hoffnungsvolle Gewißheit von dem unversiegbaren Kunstgefühl der breiten Masse geben werden. Am Morgen war das Keilberth-Konzert ausverkauft, das Bad. Staatstheater hatte bei der Generalprobe zum Symphoniekonzert 700 und abends bei der Aufführung der „Lustigen Witwe" gleich 1000 Besucher aufzuweisen, während es beim Meisterabend froher Unterhaltung so dicht gedrängt und aufgeschlossen zuging, daß keine Nadel mehr auf den Boden fallen konnte. Dessen unbeschadet ließ sich das Publikum hier im Berliner Großstadttempo zwei Stunden lang von einem Programmpunkt zum andern hetzen, mit großer Freude an den Darbietungen seiner Lieblinge teilnehmend, von denen Camilla Horn — im Gegensatz zu Lale Andersen — die schwächste Leistung bot. Das Ganze war begleitet durch Peter Frankenfelds gefällige Conference und die rhythmischen Weisen des Hot-Geigers Helmut Zacharias, dessen Fingerakrobatik nur noch durch das virtuose Sprechkönnen „unseres Fritzle" alias Erich Hermann überboten wurde, der im unverfälschten Schwäbisch die Sippe seiner Ahnen selbst verkörperte. Rö.

Es lohnt sich Schuhe zu kaufen

14 Tage vor unserem Umzug in das alte Ladenlokal

Ecke Kaiser- u. Lammstraße

Angebote zu vorteilhaftesten Preisen

SCHUH WALTZ Beim Marktplatz

Bitte besuchen Sie uns z. Zt. noch

Waltz & Würthner

Kaiserstraße

Kaffee Leinweber, I. Stock

Sie lesen stets die hervorragenden redaktionellen Beiträge in der Karlsruher Neuen Zeitung. Aber Ihre Freunde sollten sie auch lesen. Geben Sie Ihren Bekannten diesen Bestellschein damit Sie sich selbst davon überzeugen können, in welch sachlicher Weise unsere Zeitung berichtet und kommentiert.

An die Vertriebsabteilung

»KARLSRUHER NEUEN ZEITUNG«

KARLSRUHE

Waldstraße 24

Hiermit bestelle ich die

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

ab _____ zum monatlichen Bezugspreis von DM 2.40 einschl. Trägerlohn (bezw. DM 2.65 bei Postzustellung). Ich bitte um Zustellung ins Haus durch Träger - durch Post -

Zu- und Vorname _____

Beruf: _____

Wohnort: _____

Straße und Nr. _____

Stellen-Angebote

Jüngerer Verkäufer oder Verkäuferin

für Damen- und Herrenmodewarengeschäft zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lichtb. erbet. unt. 36 988 KNZ.

Gewandter

ANZEIGEN-AQUISITEUR

für den Platz Karlsruhe gesucht. Gute Verdienstmöglichkeit geboten. Kenntnisse im Verlags- oder Anzeigenwesen erwünscht. Herren, welche einen festen Bezirk laufend intensiv bearbeiten wollen, werden gebeten Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Nr. 41 150 an KNZ einzureichen.

Direktions-Sekretärin

Allererste Kraft, perfekt in Stenografie u. Schreibmasch., an selbständiges Arbeiten gewöhnt, von großem Karlsruher Betrieb bei entsprechenden Bezügen zu baldmöglichstem Eintritt gesucht.

Bewerbungen mit Lichtbild und handschriftlichem Lebenslauf unter Nr. 38 132 an KNZ erbet.

Damen und Herren

für vornehme Reisetätigkeit zum Vertrieb freiverkäuflicher biochemischer Hauskuren an Private gesucht. Hohe Provision. Dauerstellung. V. zustellen am Samstag, den 12. 11., vorm. 9-10 Uhr, in Karlsruhe, Hotel Badischer Hof.

Perfekter Dekorateur/Verkäufer! für Feinkost-Delikatessengeschäft sofort gesucht. Nur 1. Kraft wird berücksichtigt. Angeb. u. Nr. 4/134 an Annoncen-Krais, Karlsruhe, Waldstraße 30.

Selbst. Mädchen od. jg. Frau, ganz od. halbtags, in gepflegten neuen Haushalt sofort gesucht. Angeb. unt. 81 150 KNZ.

Automarkt

PEKA Personenwagen, Anhänger — neu —
Opel P 4, Limousine
Opel Olympia, 1,3 Ltr., Cabr.-Lim.
Ford Eifel, Lim.
Adler Trumpf jr., Cabr.-Lim.
Opel Kastenlieferwagen 500 kg Tragkraft
Daimler Benz, Lim., 4türig, 2,6 Ltr.
Daimler Benz, Lim., 4türig, 2,3 Ltr.
Fiat Lim., 1,1 Ltr.

zu verkaufen

AUTOHAUS ENGELSER
Karlsruhe i. B.
Ettlinger Straße 29
Telefon 3944

Beinschäden, oft. Füße, Flechten, Furunkel, und alle Wunden sind heilbar durch **Ruschsalbe.** In Apotheken erhältlich. Prosp. gratis d. Chem. Lab. Schneider, Wiesbaden 132

RADIO

Die kleinen Lorenz- und Schaub-Ton-Wunder DM 128.-
Emud Rekord, Kurz-, Mittel- und Langwelle nur DM 165.-
Saba DM 298.-, 525.-
Blaupunkt DM 325.-, 425.-
Philips DM 345.- u. 380.-
Wega DM 248.-, 318.-, 425.-
Schaub DM 210.-, 278.-, 310.-
Grundig-Weltklang DM 288.-, 406.-
Siemens-Telefunken
Hohner-Harmonikas — Akkordeons

Bequeme Teilzahlung
Anzahlg. ab 20 % bis 10 Monatsraten, Beamtenbank bis 12 Monate

Reparaturen kurzfristig

PIASECKI

Schützenstr. 17 u. Ettlinger Str. Tel. 5592

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Feldbereinigung — eine unpopuläre Maßnahme

Beregnungsanlagen für die Hardt geplant — Aus dem Forum in Mörsch

Als Hauptthema des letzten Forums im Landkreis, das diesmal in Spöck stattfand, stand die Feldbereinigung und die Korrektion der Pfinz zur Debatte. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal herrschte eine spannungsgeladene Atmosphäre, die eine temperamentvolle Entladung erfuhr, als das Wort Feldbereinigung fiel. Es war klar ersichtlich, daß die Bauern die Bereinigungen — das Gesetzt wurde von der Militärregierung noch nicht genehmigt — als eine äußerst unpopuläre Maßnahme empfinden. Daneben beklagten sich verschiedene Landwirte, daß durch die Pfinzkorrektion die Gemarkung trockengelegt und das Wachstum von Feldfrüchten und Obstbäumen stark beeinträchtigt wurde. Die Erwiderung von Baurat Maisch, vom Wasserwirtschaftsamt, der u. a. ausführte, daß die Gemeinde Staffort ohne die Korrektion unter dauernden Ueberschwemmungen zu leiden hätte, wurde mehrfach durch Zwischenrufe und lautes Gejohle unterbrochen. Dem Wunsch, eine Schleuse einzubauen, versprach Baurat Maisch Rechnung zu tragen. Darüber hinaus führte er aus, daß bereits Pläne in Vorbereitung seien, die Hardt durch Beregnungsanlagen vom Wetter unabhängig zu machen. Um diese Pläne aber verwirklichen zu können, sei die Feldbereinigung und die Aufstellung von Anbauplänen notwendig.

Ein anderer Fragesteller nahm die Abgelegenheit der Gemeinde zum Anlaß der Folgerung, daß Spöck bei Wohnungsbauzuschüssen nicht genügend Berücksichtigung finde. Diesen Vorwurf konnte Landrat Groß widerlegen. Er wies darauf hin, daß Spöck aus den laufenden Geldern 56 000 DM erhielt, wovon ein Teil zur Herrichtung des Altersheims Verwendung fand. Er gab dabei zu bedenken, daß industrielle und stark fliegergeschädigte Gemeinden einen erheblichen Teil der Gelder noch dringender benötigen, konnte aber in Aussicht stellen, daß die Gemeinde Spöck durch das Siedlungsvorhaben auf dem Neureuter Exerzierplatz — zur Zeit werden dort 24 Doppelhäuser erstellt — wohnungsmäßig eine erhebliche Entlastung erfahre, da eine Anzahl Familien in diese neuen Häuser übersiedeln würde.

Mit leidenschaftlichen Worten setzten sich Regierungsdirektor und M.d.L. Kühn für den Freiheitskampf der Berliner ein, die nach seiner Ansicht eine Bresche für die demokratische Erneuerung Deutschlands geschlagen haben, als einer der Anwesenden das Notopfer Berlin als ungerechte Maßnahme bezeichnete. Weiter wurde der Wunsch geäußert, die Auszahlungsstelle für Arbeitslosenunterstützung wieder nach Friedrichstal zu verlegen, da der Anmarschweg nach Blankenloch acht Kilometer beträgt und keine Fahrtgelegenheit vorhanden ist. Landrat Groß erklärte sich bereit, die Angelegenheit mit dem Arbeitsamt zu besprechen und sich für eine Aenderung dieses Zustandes einzusetzen.

Es waren nicht sehr viele Fragen, die an diesem Abend gestellt wurden, aber trotzdem hatte fast jede ihre Berechtigung und gab Einblick in die wirklichen Sorgen und Nöte der Gemeinde Spöck. Jo.

In Herrenalb fehlt es an Fachgeschäften

Erfolgreicher Abschluß der Saison — Umstellung der Stromversorgung

Der Kurverein Herrenalb hatte seine Mitglieder, sowie die Industrie und Geschäftswelt am Dienstagnachmittag zu einer Generalversammlung eingeladen. Kurdirektor Mönch gab an diesem Nachmittag einen umfassenden Ueberblick über die abgelaufene Sommersaison und stellte fest, daß trotz aller Schwierigkeiten Herrenalb hinsichtlich der Höhe der Besucherzahl an führender Stelle in Süddeutschland stehe. Diesen Erfolg, der trotz aller Behinderungen durch die Besatzungsmacht, die ja immer noch eine Reihe von Hotels und Pensionen beschlagnahmt hat, und trotz aller Schwierigkeiten errungen wurde, führte der Kurdirektor auf die intensive Propaganda des Kurvereins zurück, die mit dazu beitrug Herrenalb wieder populär zu machen. Kurdirektor Mönch legte es den Vertretern des Beherbergungsgewerbes ans Herz, noch mehr um die Bequemlichkeit des Gastes besorgt zu sein. Weiter stellte er fest, daß es immer noch an Fachgeschäften fehle und viele der Besucher die Omnibussonderfahrten lediglich zum Einkaufen in auswärtigen Geschäften benutzt hätten.

Bürgermeister Langenstein erstattete den Geschäftsbericht, aus dem ersichtlich war, daß der Kurverein trotz großer Aufwendungen einen bescheidenen Gewinn verbuchen kann. Der Vertreter der Albtalbahn, Betriebsleiter Heil, sprach über die Verbesserungen im Zubringerverkehr und stellte für das nächste Jahr eine Reihe weiterer Fahrplanverbesserungen in Aussicht.

Im Rahmen einer Gemeinderatssitzung wurde u. a. bekanntgegeben, daß sich das Elektrizitätswerk mit der Absicht trägt, die Stromverteilungsanlagen im Laufe der nächsten Jahre auf eine einheitliche Stromart und eine Spannung von 220/380 Volt umzustellen, um auf diese Weise eine ausreichende und gleichmäßige Stromversorgung zu gewährleisten. Die Stromabnehmer werden gebeten, bei Anschaffung von Rundfunkgeräten die geplante Umstellung schon jetzt zu berücksichtigen und nur Allstromgeräte zu beziehen. Bei der Anschaffung von Elektromotoren und anderen größeren elektrischen Geräten empfiehlt es sich, vorher das Elektrizitätswerk oder einen zugelassenen Elektroinstallateur zu Rate zu ziehen, da sonst das Werk bei einer Umstellung keinen Wertausgleich leiste. Jo/or

Kreuz und quer durch den Landkreis

Liedolsheim (er). Zwecks Aufstellung eines Unfallkatasters sollen sämtliche Landwirte, die zur Unfallversicherung der Bad. landw. Berufsgenossenschaft beitragspflichtig sind, Veränderungen in der Größe ihrer Betriebe auf dem Rathaus melden. — Die dieser Tage an alle Arbeitnehmer, die eine Lohnsteuerkarte benötigen, ausgegebenen Fragebogen sollen baldmöglichst auf dem Rathus abgegeben werden.

Rußheim (e). In einer Mitgliederversammlung des Kleintierzüchtervereins gab Vorstand Haushalter bekannt, daß die geplante Geflügel- und Kaninchenschau, mit der eine Prämilerung der Tiere verbunden sein wird, nicht am 4. 12., sondern erst am 10. und 11. Dezember stattfinden wird.

Linkenheim (Heg). Der Reiterverein hält am 19. 11. in der Bahnhofswirtschaft seine Generalversammlung ab. — Für den Monat November ist der Fleischbeschauer Karl Nagel mit der Ausübung des Fleischbeschauerdienstes beauftragt worden.

Leopoldshafen (St). Der Frauenverein hält am kommenden Sonntag seinen diesjährigen Festabend in der „Festhalle" ab.

Staffort (nn). Die Gemeindekasse erinnert an die Bezahlung der Tabakgelder. Säumige Zahler haben mit Verzugszinsen zu rechnen.

Schöllbronn (w). Nach der letzten Uebung der Freiwilligen Feuerwehr, bei der ein ungünstig gelegenes Haus mit Werkstätte und Scheune als Brandobjekt gewählt worden war, äußerten sich der Brandführer und der Bürgermeister lobend über die Kenntnisse und die Einsatzfreudigkeit der Feuerwehrmänner.

Wo ist am Sonntag „Kerwe"?

Eine Reihe von Gemeinden des Landkreises rüstet auch an diesem Wochenende wieder auf ihr traditionelles Kirchweihfest. Mörsch feiert am Sonntag seine „Martini-Kerwe". Bruchhausen will zum ersten Mal nach 10jähriger Pause eine friedensmäßige Kirchweih abhalten und in Schöllbronn plant man sogar die Durchführung des traditionellen „Kerwe-Umzugs". Auch in Etzenrot und Neurod sind die Kirchweihvorbereitungen in vollem Gange.

Neuer Bürgermeister in Bruchhausen

Bei der Neuwahl des Bürgermeisters, die durch die Rückkehr des bisherigen Gemeindeoberhauptes, Dipl.-Ing. F. Michel, in seine frühere Stellung bei der Post notwendig geworden war, erhielt Otto Speck unter drei Kandidaten von 738 abgegebenen Stimmen 416, und erreichte damit die für den ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit. Einem alten Brauch gemäß stiftete die Gemeindeverwaltung dem neugewählten Bürgermeister eine Ehrentanne, die unter dem Jubel der Dorfjugend vor seinem Haus aufgestellt wurde. Im Rahmen der kleinen Feier überbrachte das scheidende Gemeindeoberhaupt seinem Nachfolger die Glückwünsche der Gemeinde und der Vereine. Als Sprecher des Gemeinderats gelobte Fritz Reis dem neuen Bürgermeister den festen Willen zu einer ehrlichen und treuen Zusammenarbeit. ei

Für alle, die sich weiterbilden möchten

Nach ihrer völligen Zerstörung im Jahre 1942 wurde die Gewerbebücherei sofort wieder aufgebaut. Durch den Erwerb von Neuerscheinungen wird der Buchbestand laufend ergänzt und steht der Oeffentlichkeit sowohl zur Benützung im Lesesaal als auch für die Entleihung innerhalb Badens zur Verfügung. Alle Gewerbetreibenden, Facharbeiter und Handwerker, Techniker und Industrielle, Kaufleute, Künstler und Kunsthandwerker, Lehrlinge, Gesellen und Meister finden Literatur und Zeitschriften zu ihrer Aus- und Weiterbildung. Die Benützung ist unentgeltlich, nur bei Ueberschreitung der vierwöchigen Leihfrist sind Gebühren zu bezahlen. Versand erfolgt gegen Erstattung der Portokosten. Die Bücherei ist werktags von 10—13 Uhr nachmittags, jeweils am Dienstag, Mittwoch und Freitag von 15—18 Uhr und am Donnerstag von 16—19 Uhr geöffnet.

Mit Sonderzügen zum Wintersport

Die Bundesbahn wird in der kommenden Wintersportsaison den „Samba-Expreß" und den „Fidelen Sonntagsbummler" in die Skigebiete nach Freiburg und Villingen einsetzen. Die Fahrten finden jeweils über Wochenende statt.

Aus den Rundfunkprogrammen

Freitag, 11. November

Südd. Rundf.: 11.45 Kulturumschau; 14.00 Schulfunk: Geschichte; 14.30 IRO-Suchdienst; 15.30 Börsenkurse; 15.45 Kinderfunk; 17.00 Froh und heiter; 18.00 Aus d. Wirtschaft; 18.15 Zum Feierabend; 19.30 Von Tag zu Tag; 20.00 Kling. Wochenpost; 20.30 Konz. f. Cello u. Orch. v. K. Holler, V. Symph. v. Beethoven; 21.50 „Die Woche in Bonn"; 22.00 Sendg. d. württ.-bad. Studentenschaften; 22.10 Tanzmusik; 22.50 Bad. Theaterbericht; 23.00 Ungar. Tänze f. Klav. zu vier Händen v. Brahms; 23.15 Gespräch: Menschen ohne Heimat. — **Studio Karlsruhe:** 6.05 Frühmusik (K'her Volksmusik, Ltg. L. Egler); 13.00 Echo a. Baden; 13.10 Musik n. Tisch (W. Christ, H. Henkel, E. Stegmüller); 16.45 Ueber neue Bücher (A. v. Grolman). — **Südwestfunk:** 20.00 Konz. für Violine u. Klav. in Begleitg. eines Streichquart. in D-dur op. 21 v. Chausson; 21.30 Volksmusik u. Chorgesang. — **Bayer. Rundf.:** 20.05 „Erlöse uns v. allem Uebel", 3 Akte a. d. dramat. Zyklus „Die 7 Todsünden" von F. Kranewitter; 21.30 Schöne Stimmen. — **Hess. Rundf.:** 20.00 Unterhaltungskonz.; 21.00 „Eine Frau ohne Bedeutung" nach O. Wilde. — **Nordwestd. Rundfunk:** 20.00 „Daphne", bukol. Tragödie v. J. Gregor, Musik von R. Strauß.

Kurznachrichten aus Südwestdeutschland

Raubmord in Pforzheim

PFORZHEIM (SAZ). Am Dienstagabend etwa zwischen 19.00 und 21.00 Uhr, wurde der 52jährige Kohlenhändler Rudolf Bertsch das Opfer eines schweren Raubüberfalls. Nach den am Tatort aufgefundenen Spuren und den Verletzungen des Überfallenen zu schließen, wurde Bertsch von den bisher noch unbekannten Tätern beim Verlassen seines Büros von hinten angefallen und mit einem länglichen, nicht allzuscharfen Gegenstand so schwer auf den Kopf geschlagen, daß er mehrere schwere Brüche der Schädelbasis erlitt, an deren Folgen der Bedauernswerte nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Aus dem im Büro befindlichen Kassenschrank wurde eine hohe Bargeldsumme gestohlen. Die Karlsruher Mordkommission und der bekannte Gerichtsmediziner, Professor Pietruski, von der Heidelberger Universität Heidelberg beschäftigen sich mit der Aufklärung des Verbrechens.

Schwere Explosion in Rheinau

Mannheim. (:) In den Abendstunden ereignete sich bei der Firma Hüttenchemie in Rheinau eine schwere Explosion, drei Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen und mußten dem Krankenhause zugeführt werden. Ueber die Ursache des Unglücks sind die Ermittlungen noch im Gange.

Kind bei Zimmerbrand erstickt

Nürtingen. (:) Während der Abwesenheit der Mutter spielte ein 1½jähriges Kind am Küchenherd. Hierbei öffnete sich die Feuerungstür und ein Teil der herausfallenden Glut entzündete einen unter dem Herd liegenden Reisighaufen. Ehe der Unfall bemerkt wurde, war das Kind infolge der starken Rauchentwicklung erstickt. Seitens der Landespolizei ist gegen die Mutter Anzeige wegen fahrlässiger Tötung erstattet worden.

Folgenschwerer Zusammenstoß

Vaihingen. (:) Auf der Reichsstraße zwischen Enzweihingen und der Pulverdinger Ausfahrt fuhr ein schwerbeladener Lastzug mit zwei Anhängern infolge Versagens der Bremsen gegen zwei weitere Lastzüge. Zwei LKW's wurden erheblich beschädigt. Zwei Fahrer mußten in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus überführt werden. Die zerstörten Lastzüge blockierten stundenlang die Fernstraße, so daß die Polizei den außerordentlich regen Verkehr umleiten mußte. Der entstandene Schaden wird auf etwa 180 000 DM geschätzt.

Bombenfund am Bahnkörper

Aalen (:) Unter einer Bahnbrücke bei Schweighausen an der Bahnlinie Aalen — Crailsheim wurde am Nachmittag des 27. Oktober bei Bauarbeiten eine 350-kg-Bombe gefunden. Ein sofort alarmiertes Sprengkommando konnte in gefahrvoller Arbeit die Bombe unschädlich machen, so daß bereits vorgesehene umfangreiche Zugsumleitungen überflüssig waren und der Zugbetrieb ungehindert weitergeführt werden konnte.

16 Schwarzbrennereien ausgehoben

Wangen. (:) Seit Mai konnten im württembergischen Allgäu insgesamt 16 Schwarzbrennereien ausgehoben werden. Anlaß hierzu gab die Aufdeckung einer Schwarzbrennerei in Wangen. Ein Teil der ausgehobenen Brennereien hatten sich in einem „Geheim-Brenner-Konzern" zusammengeschlossen und bildeten in diesem die größte Schwarzbrenner-Organisation Württembergs. Der Sitz lag in den Kreisen Lindau und Wangen.

Wer andern eine Grube gräbt ...

Schwäbisch-Gmünd. (SWK). Vor einigen Tagen erstattete ein hiesiger Einwohner gegen seinen Bruder, mit dem er in Streit geraten war, Anzeige wegen verbotenen Waffenbesitzes. Bei einer Haussuchung wurden auch tatsächlich eine Pistole, ein Jagdgewehr und eine größere Menge Munition gefunden. Sehr zum Erstaunen des Denunzianten wurde auf Befehl des amerikanischen Kreiskommissars jedoch nicht nur der Bruder, sondern auch er selbst in Haft genommen, weil er seit längerer Zeit Kenntnis von dem Vorhandensein der Waffenbestände gehabt habe und seiner Anzeigepflicht nicht nachgekommen sei.

Was lange währt — wird gut

Feuchtwangen. (SWK). Die Einwohner von Großohrenbronn in Franken hatten am 15. Oktober 1899 ein Gesuch um Errichtung einer Poststelle eingereicht. Nach jahrzehntelangen Rückfragen und einem unglaublichen Verbrauch an Papier und Tinte wurde jetzt nach einer „Bearbeitungs"dauer von 50 Jahrene das Gesuch genehmigt.

Eröffnung der Martinimesse

Tauberbischofsheim. (:) Am vergangenen Sonntag wurde die im ganzen Frankenland bekannte traditionelle Martinimesse eröffnet. Ueber 1000 Besucher aus dem ganzen Landkreis überzeugten sich schon am ersten Tage von den ansprechenden Leistungen der Taubertaler Wirtschaft.

Nachrichten aus Bretten und Umgebung

Ein Adventssonntag soll die neuen Glocken bringen. Die alte Melanchthonstadt stand am Sonntag im Zeichen des Reformationsfestes, das diesmal als Opfertag für die neu zu beschaffenden und kürzlich bereits von der Glockengießerei „Bochumer Verein" gegossenen Glocken begangen wurde. Am Nachmittag fand ein gut besuchter Glockenbazar im Gemeindesaal statt. Ein Gemeindeabend beschloß den festlichen Tag in würdiger Form. Die fünf neuen Glocken werden in Kürze in Bretten eintreffen und sollen an einem der Adventsonntage eingeweiht werden.

Havanna-Tabak hat sich bewährt. Der in diesem Jahr erstmalig von etwa 25 hiesigen Tabakpflanzern angebaute Um- und Deckblatt-Tabak „Havanna II c" hat sich gut bewährt und hat vor allem von dem Regen im Spätsommer mehr profitiert als der allgemein bekannte „Gaudertheimer". Bei der kürzlich in Schwetzingen erfolgten Einschreibung erzielten hiesige Grumpen in Bündeln 181 DM und im losen Verkauf 146,10 DM je Zentner.

Das Amtsgericht verhandelte in seiner letzten Sitzung gegen eine Frau aus Maulbronn, die ihrem früheren Verlobten zwei Goldringe und einen stattlichen Geldbetrag unterschlagen hatte. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 DM, ersatzweise 20 Tage Gefängnis. — Wegen Nötigung hatte sich ein Gastwirt aus Zaisenhausen zu verantworten, der auf dem Heimweg von einer Zivilsitzung des Amtsgerichts der Hauptbelastungszeugin drohte, er werde ihr die Knochen abschlagen, falls sie sein Haus nochmals betreten sollte. Die Neubürgersfrau mußte sich daraufhin einen neuen Unterschlupf suchen. Die Geldstrafe wegen Nötigung lautete auf 120 DM. — Ein Jugendlicher, der z. Zt. im Erziehungsheim Flehingen untergebracht ist und im vergangenen Jahr ein Fahrrad gestohlen hatte, wurde zu drei Monaten Jugendgefängnis verurteilt. ll.

•

Diedelsheim (J). Durch die Schüler der oberen Klassen wurde für den Bad. Blindenverein ein Betrag von 105 DM gesammelt. — Lehrerin Frl. Keussen wurde mit Wirkung vom 1. November nach Karlsruhe versetzt. — Die Gemeindekasse erinnert an die Fälligkeit des Pachtzinses für Grundstücke.

Wössingen (R). Bei den von der Gemeinde durchgeführten Notstands-Arbeiten im Gemeindewald konnten 30 Arbeitslose beschäftigt werden. — Am kommenden Donnerstag werden die Tabakgrumpen verwogen. — Der bisher älteste Einwohner, Ernst Schneider, Seestraße 8, der das hohe Alter von nahezu 91 Jahren erreichte, wurde dieser Tage zu Grabe getragen.

65 Pfennig!
Kavon beweist, daß eine gute Zahnpasta auch preiswert sein kann!

Der Absatz bessert sich

Unterschiedliche Preisentwicklung Interzonenhandel im Oktober stark erhöht

Stuttgart (Eig. Ber.). — Die Besserung des Absatzes und des Auftragseinganges hat, wie das Wirtchaftsministerium mitteilt, auch im Monat Oktober — z. T. jahreszeitlich bedingt — angehalten. Auf dem Gebiet der Produktionsgüter konnten verschiedene Industriezweige höhere Umsätze erzielen. Stärkere Anregungen gingen hauptsächlich von der lebhafteren Bautätigkeit aus. Die Großwerkzeugindustrie, der Apparatebau und die Maschinenindustrie sind gut beschäftigt, eine geringere Auftragserteilung verzeichnen dagegen die Hersteller von Werkzeugen und kleinen Werkzeugmaschinen, sowie die Metallhalbzeugindustrie. Bei den Eisengießereien hat sich die Auftragslage auch im Monat Oktober nicht gebessert.

Erhöhten Auftragseingang meldeten aber u. a. die Hersteller von Autozubehör, Radioröhren und Linoleum. Entgegen den Erwartungen hat in der papierverarbeitenden Industrie das Herbst- und Weihnachtsgeschäft noch nicht spürbar eingesetzt. Der Auftragseingang in der bisher gutgehenden Büromöbelindustrie ist schwächer geworden, dagegen hat die Nachfrage nach Wohnmöbeln zugenommen. Im Baugewerbe erwartet man eine Besserung der Auftragslage bei weiterer Freigabe von Staatsmitteln für den Wohnungsbau.

Die Abwertung der D-Mark und ausländischer Währungen ist auch auf das Preisgefüge in Württemberg-Baden nicht ohne Rückwirkung geblieben. So sind die Preise für zahlreiche ausländische Roh- und Hilfsstoffe gestiegen. Die deutschen Erzeuger sind bestrebt, die dadurch hervorgerufene Kostensteigerung aufzufangen und Preiserhöhungen der Fertigerzeugnisse nach Möglichkeit zu vermeiden. Von Teilen der Textil- und Lederindustrie wurden jedoch im Zusammenhang mit der Währungsabwertung Preiserhöhungen vorgenommen. 52% der Einzelhandelspreise für Textilwaren wurden bereits erhöht. Einer allgemeinen Preissteigerung wirkt jedoch die knappe Kaufkraft breiter Käuferschichten entgegen. Unter Preisdruck standen Gießereiprodukte, Papier, Zellstoff und Zellwolle, im Verbrauchsgüterbereich u. a. Produkte der papierverarbeitenden Industrie, Haushalts- und Elektrogeräte, Radios, Erzeugnisse der Metall- und Blechwarenindustrie, Eisenwaren, Füllhalter, Linoleum und Sportgeräte. Preisermäßigend wirken Waren, die aus dem deutschen Ostgebieten kommen. Der Druck auf die Baupreise hat infolge Ausschreibungen und des scharfen Wettbewerbs angehalten. Für Baustoffe blieben die Preise im allgemeinen unverändert, jedoch wurden verschiedene Preissenkungen vorgenommen.

Der Warenaustausch mit den deutschen Ostgebieten erfuhr im Oktober eine wesentliche Ausweitung. Nach vorläufigen Feststellungen hat Württemberg-Baden im Oktober aus der Ostzone Güter im Werte von 6,7 Millionen D-Mark gegenüber 2,2 Millionen D-Mark im September, und aus den Westsektoren von Berlin im Werte von 8,1 Millionen D-Mark gegenüber 2,4 Millionen D-Mark im Vormonat bezogen. Der Wert der Gegenlieferungen in die Westsektoren von Berlin stieg von 6,3 Millionen D-Mark auf 8,5 Millionen D-Mark, während der der Lieferungen in die Ostzone von 8,8 Millionen D-Mark auf 8,0 Millionen D-Mark etwas zurückgingen.

Die Ausfuhr aus Württemberg-Baden ist im Berichtsmonat wertmäßig um 2,7% gestiegen. Bemerkenswert ist dabei, daß der Anteil der Enderzeugnisse zugenommen hat. Er betrug im September 70% der Gesamtausfuhr gegen 59% im August. Die weitere Entwicklung des deutschen Exports wird durch die Währungsabwertung entscheidend beeinflußt werden. Die höhere Abwertung des englischen Pfundes erschwert den Kampf der deutschen Firmen mit der ausländischen Konkurrenz. Nach anfänglicher Unsicherheit hat sich jedoch inzwischen eine optimistischere Beurteilung durchgesetzt. So wird u. a. aus der Lederindustrie über eine Belebung des Exports berichtet; auch die Gold- und Schmuckwarenindustrie beurteilt die Aussichten für ihre Ausfuhr günstiger als bisher. Der Abschluß neuer Handelverträge hat u. a. zu einer Steigerung des Auslandsabsatzes bei Terrazzomaterial, Füllhaltern und Steinmehl geführt.

Shell-Raffinerie wieder geöffnet

HAMBURG (dpa). Die Shell-Raffinerie in Hamburg-Harburg ist in einer Feierstunde, an der Vertreter der Bundesregierung, des Hamburger Senats sowie ausländischen Gästen und namhafter Vertreter der deutschen Wirtschaft teilnahmen, wieder eröffnet worden. Generaldirektor Hofland von der deutschen Shell-AG dankte in seiner Ansprache allen am Wiederaufbau der Großraffinerie beteiligten Stellen und Arbeitskräften. Er wies darauf hin, daß man sich beim Wiederaufbau vor allem auf die technischen Erfahrungen stützte, die in London und Rotterdam in den letzten Jahren bei der Rohölverarbeitung gewonnen worden sind. Auf Grund dieser Erfahrungen habe nun in Deutschland die erste Raffinerie errichtet werden können, die Rohöle aus dem Nahen Osten auf Schmieröle und Bitumen sowie auf Benzin und Gasöle verarbeitet. Ein Teil der Schmierölproduktion könne voraussichtlich in absehbarer Zeit exportiert werden.

Die Harburger Raffinerie der Shell wird erst in etwa 18 Monaten wieder ganz aufgebaut sein. Es können dann jährlich 440 000 Tonnen Rohöl, die als paraffinbasische Oele aus dem Mittleren Osten eingeführt werden sollen, verarbeitet werden (vor dem Kriege rund 600 000) Tonnen, vornehmlich asphaltbasische Oele.

Arbeitslosigkeit geht weiter zurück

7,1 Arbeitslose auf 100 Arbeitnehmer in Nord-Baden

STUTTGART (Eig. Ber.) Die Zahl der Arbeitslosen in Württemberg-Baden ging im Oktober um weitere 1221 auf 56 744 zurück. Von diesem Rückgang sind aber nur die männlichen Arbeitslosen betroffen. Das ist z. T. auf die Zunahme der Notstandsarbeiten zurückzuführen, bei denen Ende Oktober rund 5000 Arbeitskräfte (1500 mehr als Ende Juli), beschäftigt wurden. Bei den weiblichen Arbeitslosen (21 146) ist der in den Vormonaten noch recht erhebliche Anstieg zum Stillstand gekommen. Im Berichtsmonat hat in erster Linie die Gruppe der arbeitslosen Metallarbeiter um über 700 abgenommen, und zwar in nahezu allen Bezirken. Auch die Hilfsarbeiter zeigen einen Rückgang um 331, jedoch war hier die Entwicklung in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken sehr unterschiedlich. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter (1083) hat sich dagegen nicht mehr weiter verringert. Das gleiche trifft für die Arbeitslosen in den Angestelltenberufen zu.

In dem Landesbezirk Baden ist die Zahl der Arbeitslosen im Oktober weiter um 1295 zurückgegangen; sie liegt mit 32 713 Arbeitslosen um 2600 unter dem höchsten Stand dieses Jahres. Es kommen aber immer noch 7,1 Arbeitslose auf 100 Arbeitnehmer. Die Abnahme der Arbeitslosenzahl erstreckt sich gleichmäßig auf alle nordbadischen Arbeitsamtsbezirke mit Ausnahme von Tauberbischofsheim. Seit Ende Juli war der größte Rückgang im Bezirk Pforzheim festzustellen, dessen Arbeitslosenzahl im Hinblick auf Weihnachten wachsende Auftragseingänge um 1222 auf 2739 zurückgegangen ist.

Im Landesbezirk Württemberg kommen auf 100 Arbeitnehmer 3,1 Arbeitslose. Hier hat die Arbeitslosenzahl seit Juli um rund 400 auf 24 033 zugenommen. Vor allem hat im Bezirk Ulm die Erwerbslosenzahl mit 472 bemerkenswert stark angezogen. Entlassungen größeren Umfanges sind im Vergleich zum Vormonat kaum vorgekommen. Die Anzeigen über geplante Massenentlassungen, die im Oktober beim Landesarbeitsamt eingingen, betrafen etwa 1300 Beschäftigte; sie kamen zur Hälfte aus den Arbeits-Amtsbezirken Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim, und zwar vorwiegend aus der Eisen- und Metallwirtschaft, der Bauindustrie und dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Die Zahl der offenen Stellen hat im Oktober erstmalig wieder leicht um 261 auf 9128 zugenommen. Dabei hat die Zahl der Stellen für Männer sich um 570 erhöht und die der Frauen um 309 erniedrigt.

Zigarettenindustrie besorgt

Hamburg (VWD). Die westdeutsche Zigarettenindustrie verfolgt mit wachsender Besorgnis den umfangreichen Zigarettenschmuggel in das Bundesgebiet. Wie aus Kreisen der deutschen Zigarettenindustrie mitgeteilt wird, sind allein im September schätzungsweise rd. 500 Millionen amerikanische Zigaretten in das Bundesgebiet gebracht worden, wovon aber höchstens 10 Prozent banderoliert wurden. Durch das reiche Angebot ausländischer Zigaretten sind von den 56 Zigarettenfabriken Westdeutschlands mit etwa 10 000 Arbeitskräften kleinere und mittlere Betriebe schon verschiedentlich in ernsthafte Absatzschwierigkeiten geraten. Die Zigarettenindustrie ist daher auch befremdet, daß in absehbarer Zeit vier Schiffe mit etwa 2,5 Milliarden amerikanischen Zigaretten in Deutschland eintreffen sollen.

Dollargespräche in Westdeutschland

BONN (Eig. Ber.). Eine Delegation von Vertretern des amerikanischen Bankenkomitees, zu dem sich dreizehn als Trustes für die alten deutschen Dollar-Anleihen fungierende amerikanische Banken zusammengeschlossen haben, befindet sich seit Anfang November in Westdeutschland. Die amerikanischen Finanzexperten führten in Frankfurt Besprechungen mit Vertretern der alliierten Hohen Kommission und des Bundesfinanzministeriums. In westdeutschen Wirtschaftskreisen bringt man diese Gespräche amerikanischer Finanzsachverständiger in engen Zusammenhang mit der unmittelbar bevorstehenden Aufhebung der Investitionssperre für Auslandskapital in Westdeutschland. Man weist auf die Reise des Bundeswirtschaftsministers nach Luxemburg hin, der dort mit führenden Persönlichkeiten des „ARBED"-Konzerns sprechen wird, einem der bisher bedeutendsten Kapitalgeber an die westdeutsche Schwerindustrie. Schließlich mißt man den Besprechungen des ehemaligen Reichsministers Vreviranus, der sich wiederum in Westdeutschland aufhält, einige Bedeutung bei und wertet in Bonn alle diese Fühlungnahmen mit dem Ausland so, daß schon in absehbarer Zeit mit dem Einströmen ausländischen Kapitals in die westdeutsche Wirtschaft gerechnet werden kann.

Erweiterter Lohnsteuer-Jahresausgleich

Hamburg (VWD). Ueber den allgemeinen Lohnsteuer-Jahresausgleich aufgrund unständiger Beschäftigung oder schwankender Lohnbezüge hinaus ist es beabsichtigt, für das Kalenderjahr 1949 einen erweiterten Lohnsteuer-Jahresausgleich, ähnlich wie für das zweite Halbjahr 1948 durchzuführen. Demnach wird wahrscheinlich die Möglichkeit bestehen, im Kalenderjahr 1949 entstandene und bisher durch Eintragung auf der Lohnsteuerkarte noch nicht berücksichtigte Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen auch nach Ablauf des Jahres bis zu einem noch festzusetzenden Termin im Wege des erweiterten Lohnsteuer-Jahresausgleichs geltend zu machen. Es erübrigt sich daher vorläufig entsprechende Anträge bei den Finanzämtern zu stellen. Nähere Anordnungen werden rechtzeitig veröffentlicht.

Fleisch-Schwemme nur saisonbedingt

Zum Frühjahr wieder geringere Viehauftriebe

Frankfurt. (el.) Mit der Freigabe der Schweinepreise ist der stufenweise Abbau der Vieh- und Fleischbewirtschaftung in Westdeutschland begonnen worden. Nach einem ersten Bericht über die Auswirkungen der Schweinepreisfreigabe durch das Ernährungsministerium sind keinerlei Preissteigerungen im Bundesgebiet festzustellen. Im Gegenteil wurden auf den Märkten Preisrückgänge von 10 bis 15 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht beobachtet. Diese erfreuliche Tendenz darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Zeitpunkt der Schweinepreis-Freigabe mit einer fast beispiellosen Fleisch - Schwemme zusammengefallen ist. Während z. B. im September 1948 wöchentlich nur 114 Schweine im ganzen Bundesgebiet abgeliefert wurden, beläuft sich die Wochenablieferung im September 1949 auf 15 600. Diese einzige Ziffer zeigt die ungewöhnlich günstigen Verhältnisse in diesem Herbst. Dabei stieg das Schlachtgewicht der Schweine z. B. auf 84 Kilogramm, während es im Vorjahr bei 47 Kilo lag. Das Fleischaufkommen für das Wirtschaftsjahr 1949/50 wird von der Ernährungsverwaltung auf 1,15 Mill. Tonnen geschätzt. Dazu kommen noch 70 000 Tonnen Fleischimporte. Wenn man von diesem Fleischaufkommen die Belieferung der Schwerarbeiterkarten und der Sonderkontingente abzieht, bleibt eine monatliche Fleischration von 1000 Gramm für alle Verbraucher bis zum Juli 1950 voll gesichert. Gegenwärtig, wo die Rationierung ja praktisch ihre Bedeutung verloren hat, errechnet das Ministerium einen Pro-Kopf-Fleischverbrauch von rund 2000 Gramm Fleisch. Dieser hohe Verbrauch wird sich im Frühjahr dieses Jahres nicht aufrechterhalten lassen, da dann die Fleischauftriebe erheblich zurückgehen werden. Sollte sich die Rationierung durch staatliche Maßnahmen nicht länger kontrollieren lassen, ist dann zu befürchten, daß das Schweinefleisch wesentlich teurer werden wird.

Neue billige Kamera

HAMBURG (dpa). Die Indra-Kamera-Gesellschaft in Frankfurt wird in Kürze eine neue Kamera mit einem Preßstoffgehäuse zum Preis von 12.90 DM auf den Markt bringen. Die neue Kamera, die von der internationalen Galalithgesellschaft Hamburg-Harburg zusammengebaut wird, besitzt eine Optik mit einer Lichtstärke von 1:7,7 und ermöglicht ein Bildformat von 4×4 cm. In drei Schichten sollen täglich rund 1500 Apparate hergestellt werden.

FC Kaiserslautern „Herz" einer Oberliga Südwest

Spieltechnische Probleme bei der Gründung eines Südd. Fußballverbandes

Die bevorstehende Gründung des Süddeutschen Fußballverbandes wirft neben den organisatorischen Schwierigkeiten vor allem neue spieltechnische Probleme auf. Die Vertreter aus dem französisch besetzen Gebiet, die bisher nur als aufmerksame Beobachter fungierten, treten nun stärker in den Vordergrund. Daß die Gründung des Süddeutschen Verbandes am 10. Dezember nun endgültig in Bad Dürkheim an der Weinstraße vollzogen wird, unterstreicht diese Tatsache nur.

Die Oberliga, aus eigener Kraft und dank damaligen Fehlens anderer Organisationen geschaffen, erblickt die Garantie ihres Fortbestandes und ihres sportlichen Wertes stets in der beschränkten Teilnehmerzahl und einer straff gehaltenen Spielrunde im verhältnismäßig großen Gebiet der amerikanischen Zone. Nun kommt ein Gebiet dazu, das räumlich zwar kleiner, aber hinsichtlich der „Erstklassigen" doppelt so stark ist. So dürften empfindliche „Abstriche" fällig werden. Diese Aufblähung der ersten Spielklasse war ja auch die Ursache, daß die Zonenliga im übrigen Fußball-Deutschland nicht so recht ernst genommen wurde. Sollte der gleiche scharfe Maßstab seither geübter Auslese angelegt werden, dann fänden wohl nur der 1. FC Kaiserslautern und Wormatia Worms und (nach der augenblicklichen Form) vielleicht noch Phönix Ludwigshafen Gnade. Die Wünsche der französischen Zone sind aber verständlicherweise auf die Hereinnahme weiterer Zonenliga-Mannschaften in die Oberliga gerichtet, während der Rest in einer „zweiten Division" zusammengefaßt werden soll. Dabei ist daran gedacht, daß der nördliche Zipfel mit Koblenz-Neuendorf wie früher sich nach dem Westen hin organisiert.

„Englische Division" oder Teilung der Oberliga

Die Vergrößerung der 16 Mannschaften umfassenden Süddeutschen Oberliga in eine erste Division mit 20 oder 22 Vereinen (wie in Italien bzw. England) ist kaum tragbar. Insgeheim werden deshalb bereits heute Pläne geschmiedet, die die Teilung der Süddeutschen Oberliga in eine Südwest- und eine Ost-Gruppe vorsehen. Dabei rechnet man sich aus, daß die nordbadischen und die Frankfurter Vereine zu dieser Südwestgruppe stoßen. Man glaubt in der französischen Zone, daß Vereine im Rhein—Main-Gebiet diese Lösung unterstützen. Kaiserslauterns Zugkraft dürfte dabei ein Hauptanziehungspunkt sein.

Im Hintergrund dieses Planes zur Bildung einer Oberliga Südwest stehen übrigens auch noch die saarländischen Großvereine. Diese suchten vergeblich, an den französischen Spielrunden teilnehmen zu können. Man erinnert sich jetzt früherer gemeinsamer Spielrunden im Raume Südwest. Wenn die angestrebte Selbständigkeit des Saarlandes erreicht wird, steht einer gastweisen Teilnahme an den süddeutschen Oberligaspielen wohl nichts im Wege. A.W.

Basler und Balogh „Torschützenkönige"

Werner Basler (1. FC Kaiserslautern) führt zusammen mit Fritz Balogh (VfL Neckarau) die Torschützenliste aller Vertragsspielervereine Deutschlands an. Dann folgt Othmar Walter, der 13-mal ins Schwarze traf. In der Oberliga Süd ist der Regensburger Hubeny mit 8 Treffern erfolgreichster Torschütze. Kleina (Rotweiß Essen) steht im Westen mit 9 Toren an erster Stelle. Im Norden führen Hagenacker (Werder Bremen) und Hinsch (Concordia Hamburg) mit je 7 Treffern die Torschützenliste an. Strittmatter (Singen) und Vögele (Konstanz) liegen in der Südzonenliga mit je 7 Toren an der Spitze. Im Osten rangiert der Dresdener Werner mit 10 Erfolgen vorn, während in der Berliner Stadtliga Graf und Berndt (beide Tennis-Borussia) mit je 9 Treffern am erfolgreichsten waren.

Über 2½ Millionen Zuschauer

An den zehn Spielsonntagen besuchten 2 644 500 Zuschauer die insgesamt 204 Treffen der deutschen Vertragsspieler-Oberligen. Mit 15 500 Besuchern pro Spiel schnitt die Oberliga Süd bisher am besten ab. In Westdeutschland kamen 12 500 und in Norddeutschland 10 500 Zuschauer pro Spiel. In der russischen Zone liegt der Durchschnitt bei 7500, in der Zonenliga Nord bei 4500 und in der Zonenliga Süd bei ca. 3500 Zuschauern pro Spiel.

*

Unentschiedene Spiele müssen bei Postwetten künftig durch die Ziffer 0 und nicht mehr durch das Zeichen X gekennzeichnet werden.

Die Oberligaspiele VfB Mühlburg — BC Augsburg, VfB Stuttgart — 1860 München und VfR Mannheim — Kickers Stuttgart wurden wegen des am 20. November (Totensonntag) bestehenden Spielverbotes auf Samstag, den 19. November vorverlegt.

Zum Duisburger Herberger-Lehrgang vom 14. bis 19. November sind noch die Hamburger Spundflasche und Adamkiwiecz (HSV), Torwart Schönbeck (St. Pauli) und Basler (1. FC Kaiserslautern) eingeladen worden.

Der DFB hat bei der FIFA um Schutz für die deutschen Spieler nachgesucht. Der Wechsel eines deutschen Spielers ins Ausland soll nur aufgrund einer ordentlichen Freigabe erfolgen.

Der VfB Mühlburg hat für den 4. Dezember die schwedische Mannschaft Norrköpping zu einem Freundschaftsspiel verpflichtet.

Torwart Kisker (von 1860 München ausgeschlossen), will sich dem westdeutschen Oberligaverein Hamborn 07 anschließen. Ob Bayern allerdings eine Sondersperre beantragt, ist noch ungewiß.

England und Italien stellen Weltmeister

Graham in der Halbliterklasse nur knapp vor Pagani

England und Italien stellten alle Weltmeister in den Motorradklassen, denen am Mittwoch in Paris auf dem Kongreß des Internationalen Motorsportverbandes (FIM) die Auszeichnungen verliehen wurden.

In den einzelnen Kategorien wurden Weltmeister: Bis 125 ccm: N. Pagani (Italien) auf Mondial; bis 250 ccm: B. Ruffo (Italien) auf Guzzi; bis 350 ccm: F. Frith (England) auf Velocette; bis 500 ccm: R. L. Graham (England) auf AJS.; bis 600 ccm mit Seitenwagen: E. S. Oliver/Jenkinson (England) auf Norton.

In allen Klassen wurde die Meisterschaft überlegen errungen. Lediglich in der Halbliterklasse lag der Engländer Graham nur einen Punkt vor dem Italiener Pagani.

Der Sportausschuß der FIM bestimmte für die Rennzeit 1950, daß ein Fahrer für die Weltmeisterschaft nur dann gewertet werden kann, wenn er an mindestens drei von folgenden Rennen teilnimmt: Englische Tourist Trophy, Große Preise von Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland oder Nationenpreis in Italien.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Karlsruher Kulturspiegel

Laienspiel in neuem Gewand

Es ist anerkennenswert, daß die Junge Spielgruppe Karlsruhe ihr Debut unter den Stern der Gegenwart stellte. Zwei Stücke: „Wir warten alle auf den gleichen Zug" des heute 35jährigen Hellmut Haffner und „Wir klagen an", Laienspiel eines Odenwälder Pfarrherrn (Herbert Kuhn), standen auf dem Programm; ein wenig quälend beide, zeitgemäß und doch irgendwie schon überholt durch das Leben, das jede Anklage mit der Zeit schwächt, jeder seelischen Verzweiflung mit der Zeit die unbedingte Bitterkeit nimmt. Trotzdem berührt selbst das Quälende sympathisch, zumal junge Menschen — und dies scheint gerade bei Stücken dieser Art wichtig — sich selbst so spielen, wie sie sich vor ein, zwei, drei Jahren erlebten. Es sind durchweg Laienspieler, Schauspielschüler, Studenten, die Sepp Holstein, Regisseur der Gruppe, als Mitarbeiter heranzog. Junge Menschen, die mit einem gewissen Idealismus, mit Begabung, ohne jede Arroganz dastehen und spielen. Ohne Kostüm, ohne Kulissen. Auf einem Podium, neben einem Schirmständer, auf einer Bank.

Es kommt nicht darauf an, wo einer etwas sagt. Daß er etwas zu sagen hat und wie er es sagt, ist wesentlich. Die Junge Spielgruppe kam diesem Wesentlichen sehr nahe. Erstaunlich, mit welch feinem psychologischen Instinkt die Darsteller ihre Gestalten anpacken. Man darf schon gespannt sein, was weiter aus dieser mutigen Schar wird. Der Start war verheißungsvoll. dk

Klavierabend Lelia Gousseau

Es ist offensichtlich, daß Chopin der Mentalität der Pianistin näher liegt als Schumann. Das eigentlich romantische Element in Schumanns Werk verblaßte oder wurde zurückgedrängt durch eine mehr auf Sinnlichkeit gerichtete, auf spontanen Klangreiz und elementare Kraft bedachte Interpretation. Angenehm berührte, daß die technische Meisterschaft auch hier in keiner Phase zum Selbstzweck wurde, vielmehr im Sinne und im Hinblick auf den geistigen und formalen Werkgehalt zurücktrat. Das gleiche galt für Lelia Cousseaus Chopin-Wiedergabe. Die b-moll-Sonate erstand im Licht einer vehementen Künstlerpersönlichkeit, die aus innerer Bereitschaft, reifer Lebensnähe heraus gestaltet, dabei jeden billigen akkustischen und optischen Effekt — dies wurde schon im äußeren Erscheinungsbild ersichtlich — zugunsten einer bestechenden, dabei keineswegs flachen, vielmehr tief und unmittelbar erfühlten Objektivität vermeidet. Höhepunkt die unerhört gekonnten Etüden, die die Zuhörer zu begeisterten Ovationen hinrissen. —dk

Palast-Lichtspiele:

„Dschungelbuch"

Die Verfilmung von Rudyard Kiplings märchenhafter Erzählung „Dschungelbuch" steht und fällt mit dem Hauptdarsteller. Mit Sabu, dem Sohn des indischen Dschungels, ist Alexander Korda der große Wurf gelungen, Kiplings Begeisterung für Indien in einer ansprechenden Form zu realisieren. Diesem Vorhaben kommt Sabu in einer Weise entgegen, daß man fast annehmen muß, er spiele die Rolle seines Lebens, besser gesagt, sein Leben überhaupt. Diese Mutmaßung trifft auch bis zu einem gewissen Grade zu. Sabus Jugend, die er selbst in „Krischna" darstellte, scheint dem Europäer so märchenhaft, wie sein Aufstieg in London und Hollywood. Das Filmehepaar Flaherty entdeckte bei Dreharbeiten in Indien den Elefantenjungen Sabu, der mit Dschungeltieren umgeht wie ein Kind mit einer Hauskatze. Im „Dschungelbuch" nun läßt Alexander Korda Sabu frei ausspielen. Der Dschungel ist seine Domäne, aus ihm kommt er, in ihn kehrt er wieder zurück — enttäuscht von der Hinterhältigkeit und Boshaftigkeit der Menschen.

Bei dieser Betrachtung drängt sich unwillkürlich ein Vergleich mit Tarzan auf. Beide Filmstoffe haben die gleiche Grundtendenz. Doch der artistische Tarzan ist weit von Sabu entfernt, der nicht wie Tarzan über der Natur steht, sondern in ihr lebt und von ihr getragen wird. Neben der sich stets steigernden Dramatik tragen die saftigen, stimmungsbeschwörenden Farben zu einer zum Teil atemberaubenden Spannung bei, die sich mit jener für den Weißen stets geheimnisvollen und furchteinflößenden Atmosphäre des Urwalds paart. Im ganzen gesehen ein Film, wie ihn sich Kipling, Korda und Sabu gewünscht haben mögen. Ho

Weiterhin mild

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Samstagfrüh: Wechselnd, meist stärker bewölkt, örtlich auch etwas Regen möglich. Vereinzelt Frühnebel. Höchsttemperaturen 9 bis 12 Grad, Tiefsttemperaturen 2 bis 6 Grad.

Rheinwasserstände vom 10. November

Konstanz 251 +1; Breisach 69 +4; Straßburg 118 +4; Maxau 290 (unv.); Mannheim 107 +3; Caub 46 +4.

FILM VON HEUTE

KURBEL — JANE WYMAN LEW AYRES in SCHWEIGENDE LIPPEN

Jane Wyman in der preisgekrönten Rolle. Ein Filmerlebnis, das man nie vergißt

Geänderte Anfangszeiten: 12.30, 14.30, 16.45, 19.00, 21.15 Uhr Sa. u. So. a. 23.15 Uhr. Sonntag, 11 u. 13 Uhr Märchenvorst.: Der kleine Muck

GLORIA — 13, 15, 17, 19, 21 Uhr Samstag auch 23 Uhr

Liebe streng verboten

Hans Moser · Grethe Weiser · Carola Höhn · Albach-Retty · Karl Schönböck · Rudolf Carl

Ein spritziges Filmlustspiel, das eine Lachsalve nach der anderen auslöst, wenn Grethe Weiser als skesse Berlinerin auf Hans Moser den unverwüstlich. Wiener losgelassen wird

PALI — Dschungelbuch mit Sabu dem kleinen Inderjungen. Beliebt und bekannt aus: „Der Dieb von Bagdad". 11, 13, 15, 17, 19, 21 Uhr, Samstag und Sonntag auch 23 Uhr.

Schauburg — Schon am 3. Tage das Stadtgespräch: Nachtwache mit Luise Ullrich, Hans Nielsen, René Deltgen u. a.

Zu diesem Film nimmt man den liebsten Menschen mit, den man hat. So schön ist er!

14, 16.15, 18.45, 21, Sa. a. 23 Uhr

Der Andrang wird groß werden in den nächsten Tagen. Sichern Sie sich Ihre Plätze d. d. Vorverkauf. Tägl. ununterbrochen ab 10 Uhr vorm.

Rheingold — Theater des Westens Rheinstr. 77 / Ruf 6283 Freitag — Montag 15, 17, 19, 21 Uhr, So. auch 13 Uhr

FAUSTRECHT DER PRÄRIE

mit Linda Darnell, H. Fonda, V. Mature. Ein großangelegter Film aus dem historischen Westen Amerikas. Ein Regisseur von Weltruf. Darsteller von internationalem Format.

Jetzt brauchen Kinder sie mehr denn je –

denn diese Nahrung ist reine Energie

Brr - es wird kälter mit jedem Tag! Aber die Kleinen wollen trotzdem ins Freie. Mutters Problem ist es, sie mit Kräften zu versorgen und warm zu halten. Darum streicht sie ihnen die Sanella-Brote ordentlich dick, denn sie weiß, daß Sanella aus den nahrhaftesten Fetten hergestellt ist, die besser sind als alles andere, um Kindern die Energie zu ersetzen, die sie Stunde um Stunde verbrauchen. So einfach - und doch die beste Nahrung, die heranwachsende Kinder haben können. Verlangen Sie deshalb ausdrücklich Sanella, wenn Sie Margarine einkaufen!

Bei Kräften bleiben durch Sanella

Ihr Besuch

wird staunen, wenn Sie Ihre Fußböden immer tadellos auf Hochglanz poliert haben, trotz Zeitmangel und ohne Hausgehilfin. Das Geheimnis heißt: Regina-Hartwachs. Sie erreichen damit sofort einen dauerhaften Spiegelglanz, dem auch mehrmaliges nasses Wischen nichts schadet.

REGINA HARTGLÄNZWACHS

Für farbige Böden REGINA-BEIZE

In Drogerien und Fachgeschäften

Bayr. Mastgänse 500 g 2.40
Gänsebrust u. -Schlegel 500 g 3.–
Gänseklein . . . 500 g 1.80
Dän. Poularden Suppenhühner, Enten

Reh- und Hasenbraten
Hasenragout ohne Bug 500 g 1.–
Wild-Kanin . . . Stück 2.70

Nach 10 Jahren wieder Ahrberg's Wurstwaren in feinster Qualität

Hausmacher Leb.- u. Griebenwürste P. –.65
Sauernbratwürste Paar 1.–
Ia getrüff. Gänseleberwurst 100 g –.75

Geflügel Schindele
Waldstr. 75/77 · Karlstr. 25
Kaiserstr. 191

SKALA — Tägl. 15, 17, 19, 21, So. auch 13.00 Uhr Ruy Blas Der Geliebte d. Königin Jean Marais — Danielle Darieux Ein erregender Dreiklang von Schönheit, Liebe u. Abenteuer.

Metropol — Marianne Hoppe — Gustav Fröhlich Das verlorene Gesicht Tägl.: 16, 18, 20 Uhr. So. u. So. jeweils 14 Uhr Märchenvorstellung: „Die drei Wünsche"

Atlantik — 13, 15, 17, 19, 21 Uhr Tromba Ein Zirkusfilm voll unerhörter Spannung mit René Deltgen, Angelika Hauff, Gustav Knuth.

Durlach, Ruf 880 Täglich ab 14.30 Uhr: Gustav Fröhlich - M. Andergast Ihr Privatsekretär

ULI Ettlingen Bis einschl. So. 14.00 Uhr Du bist nicht allein m. Carola Höhn, Peter Pasetti. Ab So. 20.00 Uhr Philine m. Th. Lingen, Winnie Markus Beg.: Wo. 18, 20, Sa. 17, 19.15, 21.30, So. 14, 16, 18, 20, 22 Uhr

Konzertdirektion Kurt Neufeldt Waldstraße 82, Telefon 2577 SCHNEIDERHAN-QUARTETT Heute, Freitag, 11. Nov. 19.30 Uhr, Bonifatiussaal, 2. Kammermusikabend. Haydn: Lerchen-Quartett, Beethoven: Harfen-Quartett, Schubert: Der Tod und das Mädchen. Karten von 2.30 bis 5.50, ab 19 Uhr auch a. d. Abendkasse, Schillerstr. 46

Gesellschaft Humoristika, Samstag, 12. 11., 20 Uhr, Studentenhaus, Bunter Abend mit Tanz.

Wenn Büdo auf der Dose steht, ist's Qualität! Büdo-Schuh- und Bodenpflege

Wir empfehlen in dieser Woche:

Süßwaren		Wurstwaren	
Malzbonbon 100 g	–.38	Blutpreßsack 100 g	–.26
Anis-Fenchel Sarotti Beutel 100 g	–.50	Landjäger Paar	–.55
Eukalyptus-Menthol. Sarotti Beutel 100 g	.50	Mettwurst 100 g	–.60
Gebäck-Schokolade Tafel	–.60	Bierwurst 100 g	–.60
Knusper-Schokolade Tafel	1.–	Salami uno. Art 100 g	–.68
Wiener-Vanille-Busserl Paket	.–50	Fleischsalat 100 g	–.38

Süße Bari-Mandeln 100 g –.98

HÖLSCHER Abteilung Lebensmittel

Achtung Bodenseefahrer!

Am Freitag, 11. 11., 19.30 Uhr, führt H. Braun-Singen, im Studentenhaus mit Farblichtbildern „Kreuz und quer durch d. schöne Bodensee- u. Hegaulandschaft", Eintritt —.70 DM. Touristenverein „Die Naturfreunde", Ogr. Karlsruhe e. V.

Wenn es Ihnen nicht möglich ist

Ihre Anzeigen in unseren Geschäftsstellen persönlich aufzugeben, dann übermitteln Sie uns bitte Ihren Anzeigentext telefonisch.

Unsere Rufnummer für eilige Anzeigen ist 6649

Zu mieten gesucht

Student sucht leere oder teilmöbl. Mansarde. Angebote u. 25 862 KNZ.

Gebild. Ger. engl. span. sprechend, wünscht geeignetes Zimmer mit Verpflegung. Angeb. u. 30 126 KNZ.

Gut möbl. Zimmer, m. Tel. u. Bad, in angen. Haus, von Herrn d. Industrie f. voraussichtl. einige Monate per sofort ges. 25 32 804 KNZ.

1- od. 1-Zi.-Wohnung mit Bad, evtl. mit Baukost.-Zuschu., zu mieten gesucht. 25 11 049 KNZ.

Zu verkaufen

Radio, Gelegenheit, für nur DM 2.50 wöchentl. verk. 25 36 226 KNZ.

Hunde-Korb zu verkaufen. Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstr. 32 II.

Tiermarkt

Dt. Schäferhündin, 14 Mt., m. Stb. z. verk. Forchheim, Adlerstr. 130.

Geschäftliche Empfehlungen

Schriftgutachten für Heirats-, Gerichtszwecke usw. Reinacher, Graphologe, K'he, Karl-Hoffmannstr. 9

Metalle: Kupfer, Messing, Blei usw. kauft: Reuter, K'he-Rintheim, Finkenschlagweg 28. Ruf 9072.

Nur DM 5.–, Wöchentl. Rate. Anzahlung DM 25.–. So günstig jetzt bei Fahrrad-Allgeier, Waldstr. 11. Nur erstklassige Markenräder.

Leber-Gallenstörungen? Dann Dr. Groß-Pflanzenkur, unschädl. wirksame Kur. Reformhaus Neuleben Douglasstr. 24, bei d. Hauptpost

Kurzanzeigen (Jedes Wort kostet nur 15 Pfg.) billige Helfer im Alltag

PFANNKUCH

Gemüse-Erbsen ½ Dose	–.92
Junge Erbsen ½ Dose	1.20
Schnitt-Bohnen ½ Dose	1.15
Brech-Bohnen ½ Dose	1.25
Misch-Gemüse ½ Dose	1.15
Mirabellen mit Zucker gesüßt ½ Dose	1.85

solange Vorrat

Der Winter steht vor der Tür!

Wir haben vorgesorgt

Elegante u. vornehme HERREN- UND KNABENKLEIDUNG in großer Auswahl für Herbst und Winter eingetroffen

Hettlage KARLSRUHE · KAISERSTRASSE 50

Ihr Spezialgeschäft für Herren- und Knabenbekleidung

Dem Kaufabkommen der Beamtenbank angeschlossen